

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 116

JANUAR/FEBRUAR 1995

50 Pfennig

Russische Truppen raus aus Tschetschenien! Der Hexenkessel Kaukasus

... S. 5



Viertes Reich - Hände weg vom Balkan!



Action Press

Deutscher Imperialismus bereitet Militäreinsatz auf dem Balkan vor

Zum ersten Mal seit dem letzten Weltkrieg, als Hitlers blutiger Terror sich in ganz Europa ausbreitete, bereiten die deutschen Herrscher wieder offen ihren Militäreinsatz auf dem Balkan vor. Bonn ist entschlossen, die durch den Anschluß der DDR gestärkte Großmacht Deutschland auch politisch durchzudrücken. Wie wir im letzten *Spartakist* den Ausgang der Bundestagswahl kennzeichneten: „Und jetzt: Kohls Feldzug für deutsches Europa“. Nur wenige Wochen darauf folgte Bonns Ankündigung: Deutsche Soldaten an die Front.

Ausschlaggebend dafür, daß Kohl seine Großmachtpläne umsetzen kann, ist die bedingungslose Unterstützung der SPD. Und Scharpings „Jawohl“ zum Einsatz von Tornados

über Bosnien folgte auf dem Fuße – in der schändlichen Tradition von 1914, als die SPD mit ihrer Zustimmung zu den imperialistischen Kriegskrediten Millionen Arbeiter in den Krieg hetzte. Mit der Einsetzung des früheren Bremer SPD-Bürgermeisters Koschnick als EU-Administrator und dessen Bullentruppe in Mostar haben sie schon vor Monaten den Anfang der direkten imperialistischen Intervention gemacht.

Wie schon so oft in der Vergangenheit, droht der Balkan zu einem blutigen Schlachtfeld zu werden, auf dem die Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten ausgetragen werden. Dabei macht sich das Vierte Reich des

Fortgesetzt auf Seite 24

**Debatte der
Spartacist League/U.S.
mit Ernest Mandel ... S. 16**

**Kommunistische
Plattform: Rotes
Feigenblatt der PDS ... S. 7**

Über die bürgerliche Teilung von Kopf- und Handarbeit



TROTZKI

Sie wird nicht nur zum Besitz der herrschenden Klassen, noch mehr: sie wird zum Beruf eines bestimmten, engen Menschenkreises. Der wissenschaftliche Unterricht und die wissenschaftliche Forschung trennen sich vom Arbeitsprozeß. Um die Ergebnisse der Wissenschaft für die Produktion zu verwerten, muß die bürgerliche Gesellschaft eigene Institute schaffen, die die Ausnützung der wissenschaftlichen Entdeckungen für die Technik fördern, außerdem eine Reihe technischer Schulen, die die Möglichkeit bieten, die Produktion auf der Höhe zu halten, wie die Erfolge der „reinen“, d. h. der der Arbeit entfremdeten Wissenschaft es zulassen. Außerdem liefern die polytechnischen Schulen der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur ein technisch ausgebildetes Personal, sondern auch Trupps von Aufsehern und Verwaltern über die Arbeiterklasse. Außerdem werden zur Bedienung des Prozesses des Warenverkehrs Handelsschulen, Handelsakademien usw. errichtet.

All das, was in dieser ganzen Organisation mit der Erzeugung in Verbindung steht, wird bestehen bleiben. Alles, was mit der *bürgerlichen* Produktion verbunden ist, muß absterben. Es wird alles bestehen bleiben, was die Entwicklung der Wissenschaften fördert, verschwinden wird die Entfremdung zwischen Wissenschaft und Arbeit...

Die Schule der sozialistischen Republik muß eine Arbeitsschule sein, das heißt, der Unterricht und die Erziehung müssen mit der Arbeit vereinigt werden und sich auf die Arbeit stützen. Dies ist aus vielen Gründen wichtig. Erstens für den Erfolg des Unterrichts selbst.

Unter dem Kapitalismus wird das Schulsystem dazu benutzt, die Klassenschichtung der Gesellschaft zu fördern, um die zukünftigen Manager und Techniker der herrschenden Klasse in einem akademischen „Elfenbeinturm“ zu trainieren, während die Arbeiterjugendlichen und Minderheiten zu einer Zukunft von niederer Arbeit verbannt werden – und zunehmend überhaupt keine Ausbildung oder Arbeitsplätze erhalten. Der Kommunismus strebt nach der Auflösung aller Aspekte der ausbeuterischen Klassengesellschaft, einschließlich der falschen Teilung in Kopf- und Handarbeit. Dieses Thema wurde in Das ABC des Kommunismus behandelt, geschrieben von Bucharin und Preobraschensky für die Arbeiter und Bauern Rußlands, die eben erst durch die Oktoberrevolution 1917 befreit worden waren.



LENIN

Am leichtesten, gründlichsten und liebsten erfaßt das Kind nicht das, was es aus dem Buche oder aus den Worten des Lehrers erlernt hat, sondern, was es selbst in der Erfahrung mit den eigenen Händen ergriffen hat. Die umgebende Natur zu erkennen ist am leichtesten, indem man diese Natur zu beeinflussen sucht. Die Vereinigung des Unterrichts mit der Arbeit begann schon in den fortgeschrittenen bürgerlichen Schulen. Sie kann aber in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, in der man die parasitären Elemente der Gesellschaft mit Absicht züchtet und die physische Arbeit von der geistigen durch eine unüberbrückbare Kluft trennt, nicht vollendet werden.

Diese [kommunistische] Gesellschaft wird keine geschlossenen Zünfte, keine verknöcherten Berufe, keine in ihrem Fache versteinerten Gruppen kennen. Sogar der genialste Gelehrte muß zu gleicher Zeit auch ein geschickter physischer Arbeiter sein. Dem die einheitliche Arbeitsschule verlassenden Schüler sagt die kommunistische Gesellschaft: „Professor mußt du nicht sein; aber Werterzeuger zu sein bist du verpflichtet“. Mit den Kinderspielen im Garten beginnend, muß das Kind ganz unbewußt als Fortsetzung der Spiele zur Arbeit übergehen und auf diese Weise gleich im Anfang lernen, die Arbeit nicht als eine unangenehme Notwendigkeit oder Strafe zu betrachten, sondern als eine natürliche, selbständige Offenbarung der Begabungen. Die Arbeit muß ein Bedürfnis werden wie das Bedürfnis nach Essen und Trinken, und dieses Bedürfnis muß in der kommunistischen Schule eingepflegt und entwickelt werden.

Das ABC des Kommunismus
N. Bucharin und E. Preobraschensky

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg, Fax (0 40) 33 01 54
Postfach 555, 10127 Berlin, Fax (0 30) 4 43 94 02
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01, Korrespondenz über Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 116

Januar/Februar 1995

KONTAKTADRESSEN

Berlin SpAD, Postfach 555
10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Halle SpAD, Postfach 20 11 31
06012 Halle
Telefon: (03 45) 2 02 90 55

Hamburg SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

Für Abonnenten im Postzeitungsdienst liegt dieser Ausgabe des *Spartakist* als Supplement die Spartakist-Broschüre „Vorant/Militant Labour: Rührendes Vertrauen in den kapitalistischen Staat“ bei.

Vor 50 Jahren: Rote Armee befreite Auschwitz!

27. Januar 1945: Das „tausendjährige Reich“ der Nazis, das den Völkern Europas tausendfache Qual brachte, lag in Scherben. Seit den deutschen Niederlagen bei Stalingrad und Kursk 1943 konnte die Rote Armee Hitlers Wehrmacht-Divisionen und SS-Schergen auf einer breiten Front, die sich von Polen über Ungarn bis zum Balkan erstreckte, zerschlagen. Ein symbolischer Höhepunkt des Sieges der Sowjetunion war die Befreiung eines Ortes, der für alle Zeiten die kapitalistische Bestialität verkörpern wird: Auschwitz.

Zwischen 1941 und 1945 wurden Millionen Menschen in Auschwitz umgebracht. Sinti, Roma, Russen, Polen, Kommunisten, Sozialisten, aber vor allem Juden aus allen europäischen Ländern kamen in den Gaskammern und Verbrennungsöfen dieser Vernichtungsfabrik um – Opfer eines imperialistischen Feldzugs, der im Namen der Schaffung einer „Herrenrasse“ den ganzen Kontinent in eine Kolonie des deutschen Kapitals verwandeln wollte. Durch Hitlers „Endlösung der Judenfrage“ wurden allein in Auschwitz mehr als 2 Millionen Juden – Männer, Frauen, Kinder – ermordet. In den Jahren 1942/43 rollten die überfüllten Viehzüge Tag für Tag unaufhörlich an die berüchtigte Rampe, wo die „Selektionen“ begannen. Diejenigen, die nicht sofort in die Gaskammer gejagt wurden, fielen in die Hände sadistischer „Ärzte“ wie Dr. Mengele oder mußten in Außenlagern für kapitali-



Der Spiegel

Polen begrüßen 1945 Soldaten der Roten Armee. Nach Befreiung von der Nazi-Barbarei führte das stalinistische Rußland eine bürokratisch deformierte soziale Revolution durch

und Kommunisten organisiert, die ihn als internationalistischen Kampf sahen. Die Trotzlisten im Warschauer Ghetto standen auch in der ersten Reihe des Kampfes gegen Hitlerfaschismus. In ihrer Zeitung *Czerwony Sztandar* (Rote Fahne) setzten sie ihren Internationalismus dem Stalinschen Dogma vom „Sozialismus in einem Lande“ entgegen. Im Juli 1941 schrieben sie: „Der Krieg der Sowjetunion gegen Hitler ist der Krieg des internationalistischen Proletariats; er ist unser Krieg... Lang lebe die internationale Revolution!“

In den Vernichtungslagern selbst – Treblinka, Auschwitz – brachen Aufstände der Gequälten aus, die angesichts des ungleichen Kampfes größtenteils in Blut ertränkt wurden. In Sobibór aber, wo über 250 000 Menschen ermordet wurden, führten 600 jüdische Häftlinge zusammen mit gefangenen Rotarmisten einen Aufstand durch, der die Nazis zwang, das Lager zu schließen; 300 Gefangene flohen in die Wälder und überlebten.

Hitlers „Unternehmen Barbarossa“, durchgeführt unter dem Schlachtruf des Kampfes gegen den „jüdischen Bolschewismus“, hatte das Ziel, den sowjetischen Arbeiterstaat zu zerstören. Tatsächlich schrieb dieser Arbeiterstaat unter Lenin und Trotzki von Anfang an auf sein Banner: „Tod den Pogromisten – für die Emanzipation des jüdischen Volkes!“ Durch die stalinistische Degenerierung der Sowjetunion wurde dieses Versprechen verraten. Unter Stalin wurde die Verteidigung gegen die Nazi-Besetzung nicht im Namen des proletarischen Internationalismus geführt, sondern unter der nationalistischen Parole des „Großen Vaterländischen Krieges“. Doch trotz der reaktionären Herrschaft der Bürokratie und des Wiederaufstiegs von offiziellem Antisemitismus und Nationalismus unter Stalin (beginnend mit seiner antisemitischen Hetze gegen die trotzkistische Linke Opposition) rettete der degenerierte sowjetische Arbeiterstaat während des Krieges das Leben von Millionen Juden durch notwendige Umsiedlung.

Jetzt, nach Jelzins konterrevolutionärer Zerstörung der

Fortgesetzt auf Seite 4

Gemeinsame Erklärung der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, der Spartakusowska Grupa Polski und Spartacist Moskau

stische Riesenkonzerne schufteten. Nur durch die Zerschlagung des Hitlerreichs konnte die Rote Armee eine Handvoll dieser Menschen retten – ein Bruchteil von den Millionen, die ihr Leben verloren. Nur aufgrund dieses Sieges blieb Hunderttausenden ungarischen Juden, die Eichmann nach Auschwitz geschickt hätte, der Vergasungstod erspart.

Doch die Juden waren nicht nur Opfer. Tausende aus Polen, Rußland, Belorußland, Litauen, der Ukraine und Jugoslawien kämpften in den regulären Einheiten der Roten Armee und in den Partisaneneinheiten gegen die Besetzung und trugen dadurch zum hart erkämpften Sieg der Sowjetunion bei. Die heldenhaften jüdischen Kämpfer des Warschauer Ghettos lieferten den SS-Einheiten von Strop hartnäckige Kämpfe. Im Gegensatz zur zionistischen Geschichtsfälschung wurde der Aufstand hauptsächlich von prosozialistischen Zionisten, Mitglieder des jüdischen Bundes

Auschwitz...

Fortsetzung von Seite 3

Sowjetunion, erhebt der Antisemitismus in all seinen häßlichen Formen wieder sein Haupt. Aber bereits unter Gorbatschow hofierten Teile des stalinistischen Machtapparates (z. B. Boris Jelzin) die russischen antisemitischen Faschisten der Pamjat. Heute, nach dem Zusammenbruch des Stalinismus, sind Faschisten wie die Barkaschow-Anhänger (unterstützt von deutschen Faschisten), Schwarzhundtschaften und Monarchisten Teil der „rot-braunen Koalition“ zusammen mit den „Patrioten“ der ehemaligen nationalistischen stalinistischen Bürokratie. Diese „Rot-Braunen“ sind der klarste Ausdruck davon, wie sehr die kapitalistische Restauration mit antisemitischem Dreck durchdrungen ist. Eine revolutionäre Arbeiterpartei wird den Kampf gegen Antisemitismus und rassistische Angriffe auf Minderheiten (z. B. Tschetschenen, die in ihrer Hauptstadt heute durch die russische Armee schonungslos bombardiert werden) in den Mittelpunkt ihres Programms stellen – genauso wie die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki. Für den Aufbau dieser Partei kämpfen unsere Genossen in Moskau.

In dem kapitalistischen Staat Polen, der 1990 als Resultat der von Solidarność geführten Konterrevolution geschaffen wurde, sehen wir heuchlerische Veranstaltungen zum „Gedenken“ an die Opfer des Holocaust und die Kämpfer gegen den Faschismus. Daran beteiligen sich obszönerweise das deutsche Vierte Reich, der blutige zionistische Staat Israel und die katholische Kirche, die in Auschwitz das Symbol des Kreuzes errichtet, um den antisemitischen Charakter des Holocaust auszulöschen. Dazu gesellten sich Vertreter des Solidarność-Regimes, das die polnischen Faschisten des Zweiten Weltkriegs „rehabilitiert“ hat. Unter der Losung der „Versöhnung“ kauft die polnische Bourgeoisie zusammen mit ihren ex-stalinistischen, sozialdemokratischen Lakaien ihre Eintrittskarte zur nach-konterrevolutionären „Neuen Weltordnung“, die im eigenen Land Massenarbeitslosigkeit, rassistischen Terror und Abtreibungsverbot bedeutet und im Ausland brudermörderische nationalistische Kriege und blutige imperialistische Interventionen. Im Geist des Dritten Reichs der Nazis werden Roma, Sinti und andere „illegale“ Immigranten in Deutschland eingesperrt und dann nach Polen abgeschoben, damit man sie in die Länder deportieren kann, aus denen sie geflüchtet sind, und wo sie von Pogromisten umgebracht werden. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) fordern volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und kämpfen für die Mobilisierung von Arbeitern/Immigranten, um alle Opfer des rassistischen Terrors zu verteidigen.

Heute tritt das Vierte Reich bewußt in die Fußstapfen des Dritten. Diese Kontinuität zeigt sich in der Firma BASF, die vor mehr als 50 Jahren, als Teil der IG Farben, Sklavenarbeiter von Auschwitz ausbeutete und später Hel-

mut Kohls Gönner wurde. Die Bundesrepublik erklärte sich zum Rechtsnachfolger des Dritten Reichs und übernahm große Teile vom Staatsapparat des Naziregimes, bis hin zum Altnazi Kiesinger als Bundeskanzler, was Teil ihres antikommunistischen Kreuzzugs gegen die DDR war. Als Folge der kapitalistischen Wiedervereinigung und der Konterrevolution in der DDR ging die deutsche Bourgeoisie mit Hilfe der SPD fleißig ans Werk, ihre grausame Geschichte zu vertuschen. Nun heißt es, daß berüchtigte Konzentrationslager wie Sachsenhausen und Buchenwald nicht Orte des Nazi-Verbrechens waren, sondern der „stalinistischen Diktatur“! Vor kurzem wurde diese revisionistische Kampagne, die Geschichte neu zu schreiben, einen Schritt weiter getrieben, als ein Gericht in Mannheim den Nazi-Führer Deckert entschuldigte und dessen mörderische antisemitische Leugnung des Holocaust, unter dem Codewort



Links: Der Trotzkiist Abraham Léon, belgischer Jude polnischer Abstammung, wurde im Alter von 26 Jahren in einer Gaskammer in Auschwitz ermordet. Er ist der Autor des maßgeblichen Werks Judenfrage und Kapitalismus. Rechts: trotzkistische Zeitung, die von einer Untergrundzelle in der Bretagne unter Leitung von Marcel Beaufrière gedruckt und unter Wehrmachtsoldaten verteilt wurde

Editions La Brèche

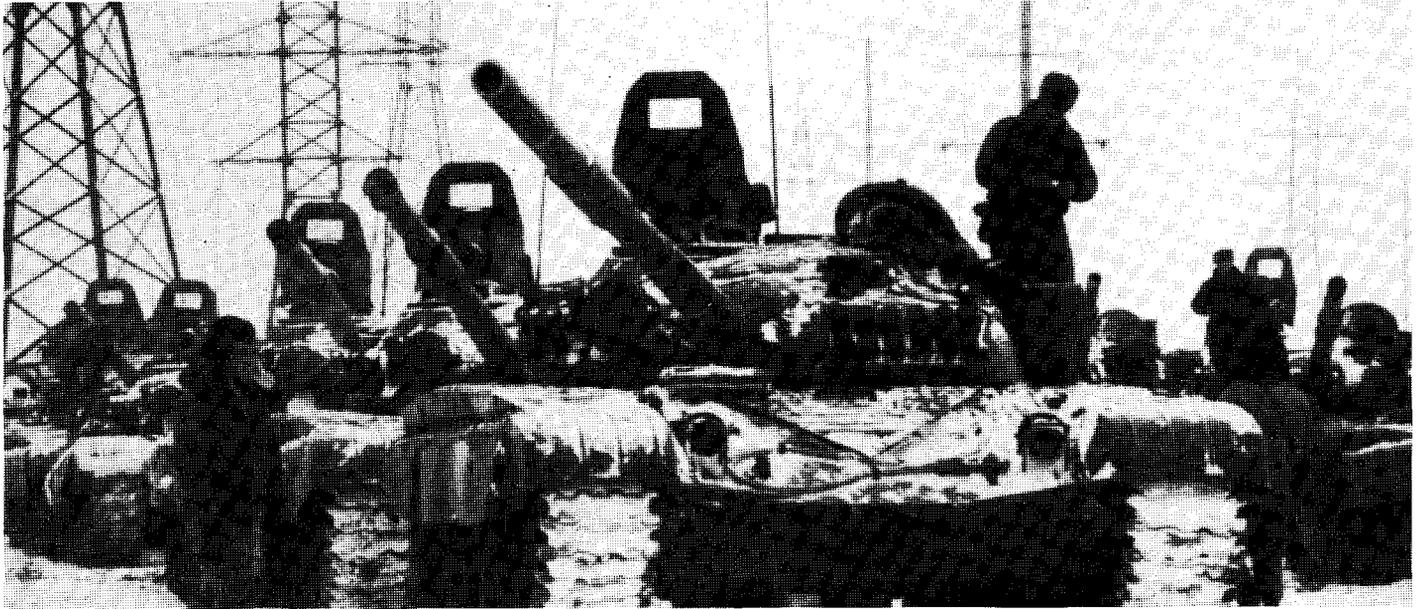


„Auschwitz-Lüge“, als Stärkung der „Widerstandskräfte im deutschen Volk gegen die aus dem Holocaust abgeleiteten jüdischen Ansprüche“ bezeichnete.

Rosa Luxemburg betonte, daß die Menschheit vor der Alternative steht: Sozialismus oder Barbarei. Auschwitz war die kapitalistische Barbarei schlechthin. Wie diese große revolutionäre Kämpferin treten wir für die Einheit des Proletariats Polens, Deutschlands und aller Länder der ehemaligen Sowjetunion ein. So kämpften auch die Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds, österreichische, französische, belgische und deutsche Trotzkiisten im KZ für ihr revolutionäres Programm. In ihrer Erklärung vom April 1945 (abgedruckt in *Spartakist* Nr. 54, Mai 1985), die kurz nach der Befreiung Buchenwalds verfaßt wurde, schrieben sie:

„Um den, durch die imperialistischen Gegensätze begünstigten Wiederaufstieg der deutschen Bourgeoisie zu verhindern und die Arbeitermacht zu errichten, bedarf es des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse jedes Landes gegen seine eigene Bourgeoisie... Das Proletariat kann seine historische Aufgabe nur unter Führung einer neuen revolutionären Weltpartei erfüllen. Diese Partei zu schaffen ist die allernächste Aufgabe der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse. Im Kampf gegen den Kapitalismus und seine reformistischen und stalinistischen Agenten haben sich bereits internationale revolutionäre Kader für den Aufbau dieser Weltpartei zusammengeschlossen.“■

Russische Truppen raus aus Tschetschenien! Der Hexenkessel Kaukasus



AP

Jeljins Aufmarsch, um großrussische Vorherrschaft in Tschetschenien durchzusetzen. Zerschlagt Jeljins Invasion!

30. Dezember — Mit der Erklärung, „alle notwendigen Mittel zur Wiederherstellung der Ordnung einzusetzen“, hat das Jelzin-Regime die russische Armee nach Tschetschenien geschickt, eine Kaukasus-Republik, die ihre Unabhängigkeit erklärte, als vor drei Jahren die Sowjetunion auseinanderfiel. 40 000 russische Soldaten mit Panzerunterstützung, schwerer Artillerie und Kampfflugzeugen belagern die tschetschenische Hauptstadt Grosny, eine Stadt mit 400 000 Einwohnern. Unvermindert werden russische Bombenangriffe geflogen, bis Redaktionsschluß wurden nach Pressemeldungen über 200 Menschen in der Hauptstadt getötet, und gleichzeitig richten Panzer in den Außenbezirken schwere Zerstörungen an. Die russischen Streitkräfte sind nach eigenen Angaben dazu übergegangen, die tschetschenischen Stellungen rund um Grosny mit Laser- und anderen Lenkraketen zu bekämpfen.

Jelzin verlangt die totale Kapitulation des tschetschenischen Präsidenten Dschochar Dudajew. Der Großangriff auf Tschetschenien — Heimat einer kaukasischen Moslem-Bevölkerung, die im 19. Jahrhundert vom zaristischen Russischen Reich unterjocht wurde — ist noch ein weiterer in der Reihe von Kriegen, die in nationalistischer Art und Weise durch die kapitalistische Konterrevolution in Osteuropa und die Zerstörung der Sowjetunion entfesselt wurden.

Der brudermörderische Schlachthof des heutigen Bosniens hat die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen und Unstimmigkeiten zwischen den westlichen imperialistischen Mächten hervorgerufen. Seltener an die Öffentlichkeit gebracht, aber genauso blutig, tobt eine Reihe von Kriegen im ehemals sowjetischen Kaukasus. Seit sechs Jahren schlachten sich Armenier und Aseris wegen der Enklave Nagorny-Karabach gegenseitig ab. Zur gleichen Zeit hat Georgien seine alten Blutfehden mit den Bergvölkern des Nordkaukasus wiederaufleben lassen, vor allem mit den Osseten und Abchasen. Inzwischen hat Rußland in dem Gebiet militärisch eingegriffen und die widerstreitenden nationalistischen Kräfte gegeneinander ausgespielt. Der

gegenwärtige Einmarsch in Tschetschenien markiert eine dramatische Eskalation vom Versuch des inzwischen kapitalistischen Rußlands, die verschiedenen Völker dieses Gebiets zu beherrschen. Revolutionäre in der ganzen Welt müssen sich gegen Jeljins militärisches Abenteuer im Kaukasus stellen.

In Rußland selbst gibt es wenig Unterstützung der Bevölkerung für den Einmarsch des Mächtegern-Zaren Boris Jelzin, sondern vielmehr weitverbreitete Angst vor einem langen, blutigen Kolonialkrieg. Ein Leitartikel in der *Moscow Times* (4. Dezember 1994) spiegelte die weitverbreitete Stimmung unter Rußlands herrschender Elite wider und warnte:

„Die Risiken, sich auf ein militärisches Abenteuer im Nordkaukasus einzulassen, sind enorm. Selbst wenn der Einmarsch das anfängliche Ziel, Dudajew zu stürzen, erreicht, würde er fast mit Sicherheit schreckliches Blutvergießen mit sich bringen und Rußland in einen langen, schmutzigen Guerillakrieg stürzen, der sich wahrscheinlich auf den ganzen Nordkaukasus ausweiten würde.“

Die Mütter der im letzten Monat beim Kämpfen in Tschetschenien gefangengenommenen russischen Soldaten schickten an das russische Parlament ein Telegramm, in dem sie flehten: „Wir beten, daß Sie unsere Söhne und unsere Seelen retten werden.“

Außerdem ist das militärische Oberkommando über einen neuen Kaukasuskrieg zutiefst gespalten, wobei viele besorgt sind, daß die geschwächte russische Armee sich durchaus auflösen könnte. Die Mannschaftsstärke der Armee ist in den letzten paar Jahren stark gefallen, dazu weigern einberufene Jugendliche sich einfach, zu erscheinen. Ende Dezember trat der stellvertretende Heereschef Worobjow aus Protest gegen den Einmarsch zurück, kurz zuvor war der Kommandeur der Kantemirow-Panzerdivision, General Poljakow, zurückgetreten. Der ernationalistische Generalleutnant Aleksandr Lebed, Kommandeur

Fortgesetzt auf Seite 27

**Spartakist-
Jugend**

Beim EU-Gipfel in SPD-Hochburg Essen: Polizeikessel und Massenverhaftungen

Mit striktem Demonstrationsverbot sicherte der nordrhein-westfälische SPD-Innenminister Schnoor am 10. Dezember den EU-Gipfel in Essen gegen jegliche Opposition ab und schaffte mit Massenverhaftungen von fast 1000 Gegendemonstranten einen neuen Rekord in der Geschichte der BRD.

Durch massiven Bullenaufmarsch kam es schon am Vorabend des Gipfels zu einem Verkehrschaos, aufgrund dessen sogar Konferenzteilnehmer zu spät kamen. Offiziell wurden 7000 Bullen eingesetzt. Am Tag des Anti-Gipfel-Protests umzingelten die Bullen alles, was nach einer Demo aussah. Trotzdem erreichten etwa 3000 Demonstranten die Innenstadt, die mit Weihnachtseinkäufern gefüllt war. Die Bullen begannen mit der Umzingelung und forderten die Passanten auf, die Gegend zu verlassen. Kurzerhand erklärten sie den zentralen Willy-Brandt-Platz (!) für gesperrt. Die Polizei, darunter SEKler in schwarzen Panzerungen, zog sich auch um Grüppchen zusammen, die am Rande des Kessels mit den Gefangenen sympathisierten. Mit zwei Ketten wurden die Demonstranten eingekesselt. Die Sondereinsatzkommandos hatten große Mühe, die Demonstranten und Weihnachtseinkäufer auseinanderzuhalten, sie griffen aber auch wahllos an, besonders wenn es sich um Immigranten handelte. Dann transportierten sie die Gefangenen massenweise in Großraumbussen ab. Das spielte sich mindestens zweimal ab und erstreckte sich über mehrere Stunden.

Auch wegen der Übermacht der Polizisten, unter denen sich auch Spezialisten befanden, die wie Ninja Turtles aussahen, waren die mehrheitlich autonomen Demonstranten und sympathisierende Passanten eher zurückhaltend. Einmal flogen ein paar Farbbeutel, aber das war alles. Tatsächlich konnte man die Demos, wenn man außerhalb des Kessels zu ebener Erde stand, zu keinem Zeitpunkt sehen. Es lief auf zivilen Ungehorsam hinaus – wenn jemand sich



Essen am 10. Dezember: SPD-Bullen setzen Demo-Verbot durch

AP

nicht rechtzeitig der Umzingelung entziehen konnte oder wollte, wurde er oder sie schließlich in einen Polizeibus verfrachtet. Den Eingekesselten und Umstehenden wurde noch ein Beispiel für das „Demokratische“ an der bürgerlichen Demokratie des Vierten Reichs gegeben. Es wurde wiederholt etwa folgende Ansage gemacht: „Sie haben an einer verbotenen Veranstaltung teilgenommen. Ihnen werden jetzt nach und nach Handschellen angelegt. Über die Dauer der Ingewahrsamnahme entscheidet das Gericht.“

Ordnung herrschte beim sozialdemokratischen Polizeieinsatz. Und hier schließt sich der Kreis, denn von „Landesvater“ Rau bis Innenminister Schnoor übernahm die SPD im voraus die volle Verantwortung für den Bulleneinsatz. Es war für sie eine wichtige Feuerprobe, sie wollte ihre Regierungsfähigkeit beweisen und zeigen, daß sie in der Lage ist, jeden Widerstand zu zerschlagen. Eine nicht unbegründete Sorge angesichts der düsteren Prognosen der EU-Zukunft, und nicht umsonst war der Aufbau der Bullenstreitmacht Europol der Schwerpunkt der deutschen Regierung beim EU-Gipfel. Immer mit einem Auge auf die Bullenbewegungen haben Spartakist-Verkäufer an dem Tag eine Menge interessanter Diskussionen gehabt und an die 80 Zeitungen und Broschüren verkauft. ■

Schulungsreihen der Spartakist-Jugend

Berlin

Freitag, 17. Februar
Das Kommunistische Manifest

Ort und Zeit zu erfragen
über Tel. (030) 4 43 94 00

Literaturangaben und weitere Informationen sind
über die Kontaktadressen erhältlich

Halle

Donnerstag, 12. Januar
Sozialismus und Staat

Donnerstag, 16. Februar
Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki

jeweils 19.00 Uhr
Galeriecafe Steg, Stegpassage 2

Kommunistische Plattform: Rotes Feigenblatt der PDS

Im letzten Oktober wählten über zwei Millionen Menschen die PDS. Viele taten dies trotz oder wegen der antikommunistischen Hexenjagd der „demokratischen“ Bonner Allparteienkoalition, die auf die PDS eindrosch, um alles, was an den deformierten Arbeiterstaat DDR erinnert, zu kriminalisieren. Um die weitverbreitete Wut über die Demütigung und die Zerstörung der Existenzgrundlage von Hunderttausenden nach dem Anschluß niederzuhalten, wird seit der Wahl die Stasi-Hetze gegen Gregor Gysi und Stefan Heym angeheizt; dies gipfelte vor kurzem in dem Versuch, die PDS per Steuerbescheid kalt zu verbieten (siehe Seite 26).

Obwohl die PDS-Führer Gysi und Bisky ständig ihre Loyalität zum deutschen „Rechtsstaat“ beteuern und der DDR abschwören, und obwohl sie direkt nach den Wahlen die Bundestagsabgeordnete Kerstin Kaiser-Nicht wegen ihrer Stasi-Vergangenheit gefeuert haben, verlangt die SPD immer weitergehende Taten von der PDS. Dazu gehört, daß die PDS sich „von innerparteilichen Vertretern alter Kaderparteikonzepte trennen“ muß, so SPD-Vize Thierse in der *Berliner Zeitung* (30. Dezember). Es geht also um die Steigerung der Hexenjagd in der PDS, die sich in erster Linie gegen die Kommunistische Plattform (KPF) richtet.

Wobei die „Demokratie“-Schützer des Vierten Reichs nicht bei leeren Drohungen stehen bleiben. So wurde in der SPD-Hochburg Nordrhein-Westfalen ein neues Buch der KPF-Sprecherin Sahra Wagenknecht zwecks „strafrechtlicher Überprüfung“ beschlagnahmt. In Sachsen-Anhalt wird die Plattform vom Verfassungsschutz bespitzelt, unter der Ägide der von der PDS „tolerierten“ rot-grünen Höppner-Regierung.

Jetzt steht die KPF nicht nur unter Beschuß der imperialistischen Hexenjäger, sondern auch der Spitzen ihrer eigenen Mutterpartei. Die PDS macht mit, um salonfähig zu werden, wobei nicht zuletzt die 6000 PDSler, die jetzt bereits Posten auf kommunaler, Länder- und Bundesebene innehaben, gegen die Plattform Druck machen. Die PDS-Führung ist darauf aus, die Partei in eine Volkspartei umzuwandeln, die sich solide im Staatsapparat des deutschen Imperialismus verwurzeln soll. Dazu müssen sie den Herrschern des Vierten Reichs demonstrativ ein Opfer darbringen. Um ihre „Regierungsfähigkeit“ zu beweisen, muß die PDS alles aus ihren Reihen entfernen, was sich „kommunistisch“ nennt. Ob sie diesen Schritt beim bevorstehenden Parteitag tut, hängt vom Angebot ab. Vielleicht warten Gysi und Bisky ab, bis wirklich Ministersessel in Aussicht sind, bevor sie die KPF rausschmeißen. Die Existenz der Plattform innerhalb der PDS hängt künftig also nur von ihrem Tauschwert ab. Inzwischen könnten die PDS-Spitzen beim Versuch, sich als parlamentarische „Opposition“ zu profilieren, mit der Säuberung der KPF aus dem Parteivorstand ihre „demokratische Erneuerung“ zeigen.

Ganz klar haben sich Gysi und der Parteivorsitzende Bisky darauf eingestellt, der Plattform das Leben innerhalb der PDS zunehmend zu vermiesen. Eine besondere Kröte, die die Plattform nur schwer schlucken kann, sind dabei die „10 Thesen zum weiteren Weg der PDS“, die der Vorstand für den Parteitag Ende Januar vorgelegt hat. Darin erklären Gysi und Bisky dem „vereinfachten und reduzierten Denken in den Kategorien von Klassenkampf“ den Krieg. Die Thesen verurteilen „antiliberalen Sozialismusvorstellungen“ und fordern statt dessen einen „neuen Gesellschaftsver-

trag“, der „trotz aller Widersprüche zwischen den verschiedenen Klassen, Schichten und Gruppen“ geschlossen werden müßte. Kurz gesagt, es handelt sich um einen Aufguß der alten Burgfriedenspolitik von Ebert/Scheidemann.

Daher hat die Plattform jetzt die „10 Thesen“ kritisiert, nachdem sie sich bei der KPF-Bundeskonferenz am 10. Dezember nicht dazu überwinden konnte, ein klares „Nein“ zu sagen. In einem Artikel in der *jungen Welt* (31. Dezember) weist die PDS-Vorständlerin und prominente KPF-Sprecherin Sahra Wagenknecht darauf hin, daß mit dem „neuen Gesellschaftsvertrag“ der Thesen „nur ein Vertrag über das Überleben der bestehenden Gesellschaft abgeschlossen werden kann. Die Konzernchefs, Großfinanziere und Immobilienhaie werden sich schwerlich für eine Vergesellschaftung von Großindustrie und Banken bzw. Grund und Boden gewinnen lassen“ (Hervorhebung im Original). Für Wagenknecht jedenfalls bedeuten die „10 Thesen“ das „Bad Godesberg“ der PDS und deren Ende als eine „antikapitalistische“ Partei. Aber wo war bisher der vielbeschworene „Antikapitalismus“ der PDS?

Selbst auf dem Papier hat sich nicht viel geändert. Schon im Programm der PDS, angenommen Ende Januar 1993, heißt es, sie wollen „Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten aus allen gesellschaftlichen Schichten gewinnen, die den Willen haben, zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen beizutragen“ (*Disput* Nr. 3/4, 1993) – was auch immer das heißen möge. Wenn es etwas gibt, was die PDS ganz sicher *nicht ist*, dann „antikapitalistisch“. Man braucht sich nur an die Rolle der PDS beim Bergarbeiterkampf in Bischofferode zu erinnern, wo Gysi & Co. auf den Kapitalisten Peine und die EU in Brüssel setzten.

Aber das wird Wagenknecht vielleicht gar nicht bestreiten. Sie ist vielmehr besorgt, daß die PDS „ihre ‚unklare Programmlage‘ beseitigt – zugunsten einer offen sozialdemokratischen“ (*jW*). Schon vor zwei Jahren warnte sie: „Sollte letzterer [Mehrheitsentwurf] ... auf dem Parteitag im Januar 93 angenommen werden, hätte die PDS ihr Godesberg hinter sich.“ Wie oft will sie noch Godesberg beschwören? Aber jetzt, wo der offene Opportunismus der PDS zunehmend von einer internen Inquisition gegen die Plattform begleitet wird, müssen sich viele Plattformler doch die Frage stellen: Was haben selbsterklärte Kommunisten überhaupt in dieser tiefgehend reformistischen Partei zu suchen?

Nur kurz zu „Godesberg“: Beim Godesberger Parteitag 1959 erklärte sich die SPD zur „Volkspartei“ und nahm formal ihren endgültigen Abschied von Karl Marx. Dies änderte aber nichts am Charakter der Sozialdemokratie als reformistische (bürgerliche) Arbeiterpartei. Für Leninisten ist das entscheidende Datum dafür, daß die Sozialdemokratie ins Lager der Bourgeoisie überging, der 4. August 1914, als sie für die Kriegskredite des Kaisers stimmte. Auch die Vorläufer der PDS hatten ihren 4. August 1914 – als Stalin/Thälmann vor 1933 die SPD als „sozialfaschistisch“ abstempelten und die KPD dann zusammen mit der SPD die millionenstarke Arbeiterklasse in Deutschland kampfflos an die Faschisten auslieferte. Danach wurde diese Politik von Stalins Komintern gerechtfertigt. Wenn es eine Zäsur im Werdegang der PDS gibt, dann schon bei deren Geburt, als sie

Fortgesetzt auf Seite 8

Kommunistische Plattform...

Fortsetzung von Seite 7

1990 ihre Verbindungen zu den Errungenschaften des Arbeiterstaats DDR kappte und für die kapitalistische Wiedervereinigung eintrat. Und die Plattform hatte damals der Linie von Modrow/Gysi nichts entgegenzusetzen.

1989/90: Wer hat die DDR verteidigt, wer hat sie verraten?

In dieser prägnanten Tatsache sehen wir den grundlegenden Widerspruch der Kommunistischen Plattform. Im Grunde genommen entstammt sie derjenigen Minderheit der SED – der ehemaligen herrschenden Bürokratie der DDR –, die nicht willens ist, sich von der DDR „pau-schal“ loszusagen. Aber in der Stunde der Gefahr, als es um die Existenz des ostdeutschen Arbeiterstaats ging, war die KPF *gelähmt*, während die PDS damit beschäftigt war, über die Bedingungen des Anschlusses zu verhandeln. Die Kommunistische Plattform hat 1989/90 *nicht* gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft. Das ist die simple Wahrheit, und jeder Plattformler weiß das. Erklären können sie diese entscheidende Tatsache aber nicht.

Wir Trotzlisten hingegen doch: Die Ursprünge des Verrats sind im bürokratischen Charakter und in der entsprechenden stalinistischen Weltanschauung von SED/PDS zu suchen, die im nationalistischen Dogma vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ zum Ausdruck kam. Dieses Dogma widerspricht dem ganzen internationalen Wesen des Sozialismus und spiegelte sich in Honeckers Illusion wider, die Mauer könne noch 100 Jahre stehen. Als im Herbst 1989 die DDR-Bürokratie auf einmal zusammenbrach und dann Moskau der DDR seine Unterstützung entzog, war damit für die SED-PDSler alles vorbei. Weil sie sich einen *internationalen* Arbeiterkampf nicht einmal vorstellen konnten, gaben sie einfach auf, während wir Spartakisten – weil wir unsere Pflicht ernstnehmen, die gewonnenen Errungenschaften der Arbeiterklasse zu verteidigen – unsere bescheidenen Kräfte in die Waagschale warfen. Die Trotzlisten kämpften ohne Wenn und Aber gegen die Konterrevolution.

Seit ihrer Gründung am 31. Dezember 1989 hat die Plattform die PDS-Ausverkaufspolitik „kritisch“ begleitet. Wenn Sahara Wagenknecht jetzt beschreibt, wie sich damals „die PDS für einen demokratischen und gleichberechtigten Einigungsprozeß“ aussprach und dadurch den Werktätigen den „plumpen Anschluß der DDR“ (*jW*) schmackhaft machte, stellt sich die Frage: Wo war die Plattform? Sehen wir uns mal das Dokument „Zum Selbstverständnis und zu den Zielen der Kommunistischen Plattform der PDS“ an, das aus der KPF-Konferenz vom 3. März 1990 herauskam. Dort, also zwei Wochen vor der Volkskammerwahl, erklärte die Plattform, es sei „unrealistisch, die Zweistaatlichkeit von DDR und BRD zu verteidigen“. Sie zog aber nicht etwa die Konsequenz, daß die einzige Alternative der Kampf für

die Arbeiterrevolution in ganz Deutschland ist, sondern sprach von einem Vereinigungsprozeß, „in dem sich schrittweise jene ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen herausbilden müssen, die neuen ökologischen, feministischen und humanistischen Qualitäten entsprechen“.

Worin unterschied sich denn die KPF-Politik von der „Realpolitik“ der PDS-Führung, die damals für einen „1:1“-Umtauschkurs zur D-Mark mobilisierte und eine „sanfte“ Konterrevolution versprach?

Im Gegensatz dazu kandidierten wir Spartakisten bei der Volkskammerwahl mit einem Kampfprogramm: „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Für ein Arbeiter-rätedeutschland!“ (*Arbeiterpressekorespondenz/Spartakist*, 20. Februar 1990). Statt wie die KPF schönfärberisch von einer möglichen „ökologischen, feministischen und humanistischen“ Wiedervereinigung zu reden, warteten wir vor den Konsequenzen des kapitalistischen Anschlusses, in dem „neue faschistische Banden hochgezüchtet [werden], die Sturmtruppen eines Vierten Reichs“, vor Massenarbeitslosigkeit und der drastischen Senkung des Lebensstandards der Massen der DDR. Damals erklärten wir auch, daß wir alle Wähler, die nicht die Spartakisten wählen können oder wollen, dazu aufrufen, wenigstens diejenigen Parteien und Gruppen zu wählen, die sich gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung verpflichten. Aber keine andere Partei oder Gruppe war bereit, eindeutig gegen die Wiedervereinigung Stellung zu beziehen!

Die jetzigen „Thesen“ des PDS-Parteivorstands werden höchstens den breiten Massen deutlicher machen, welche Rolle die PDS seit ihrer Gründung 1989/90 spielt: die Arbeiter über die verheerenden Konsequenzen der kapitalistischen Wiedervereinigung zu belügen. Aber um dies anzuerkennen, müßte die Plattform sich ihrer eigenen Verantwortung bei der Konterrevolution in der DDR stellen und die politischen Konsequenzen ziehen. Sie setzte den Arbeiterstaat mit der Bürokratie gleich, und sobald die stalinistische Kaste zerbrach, war die Sache für sie gegessen. Deshalb reden die KPFler auch nicht gern von den Millio-

Diskussionsveranstaltung der Spartakist-Jugend an der Humboldt-Uni

Wer verteidigte die DDR?
Wer kämpfte gegen die kapitalistische Wiedervereinigung?

Die Spartakisten über den Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa

Redner: Jan Norden,

Herausgeber von *Workers Vanguard*,
Zentralkomitee der Spartacist League/U.S.

„Wer nicht verteidigen kann, was bereits erobert wurde, wird nie neue Eroberungen machen.“ (Trotzki, „Brief an die Arbeiter der UdSSR“, 1940)

Donnerstag, 26. Januar 1995, 19.00 Uhr
Humboldt-Universität, Hauptgebäude, Raum 2091



Spartakist

3. Januar 1990: Treptower Kundgebung gegen Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals mobilisierte 250 000 Menschen in Solidarität mit DDR und Sowjetarmee

nen Menschen, die für einen besseren Sozialismus auf die Straße gingen. Wie Gysi rangen sie darum, der Konterrevolution „positive“ Seiten abzugewinnen. Sie sprachen in ihrem Dokument „Zum Selbstverständnis ...“ sogar von „qualitativ neuen Bedingungen für den Kampf um eine demokratische Republik und um den sozialen Fortschritt in ganz Deutschland“.

Daß die neun Millionen ostdeutschen Arbeiter etwas zu diesen Entwicklungen zu sagen hätten, durch die ihr Leben so katastrophal verändert wurde, ganz zu schweigen von den Arbeitern in Westdeutschland und ganz Europa, kam ihnen nicht in den Sinn. Vielmehr diente die KPF als linke Flankendeckung der PDS gegen die *Radikalisierung* der Arbeiter, die empört waren über konterrevolutionäre Maßnahmen wie die Auflösung der Betriebskampfgruppen, die unter dem Diktat der westdeutschen Imperialisten von der SED-Führung angeordnet wurde. Besonders zu einer Zeit, wo sich das Augenmerk der Arbeiter in der ganzen Welt auf die DDR richtete, wäre die Herausbildung von Arbeiter- und Soldatenräten ein Signal gewesen, um im Westen den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterklasse aufzunehmen und im Osten, vor allem in der damaligen Sowjetunion, die stattfindenden Arbeiterkämpfe zu vertiefen und die Konterrevolution aufzuhalten.

Die deutsche Nation war durch eine Klassenlinie geteilt. Notwendig war eine *proletarische Revolution im Westen, um die Kapitalisten zu enteignen, und eine politisch-proletarische Revolution im Osten, um mit den stalinistischen Bürokraten aufzuräumen*. Das Potential dafür hat der ostdeutsche Arbeiteraufstand im Juni 1953 demonstriert, der gegen die damaligen Konzessionen an die Kleinbourgeoisie entstand. Damals begrüßten die Streikenden im Bahnhof von Halle die Reisenden aus dem Westen mit dem Banner: „Räumt euren Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus.“ Was den Werktätigen damals wie auch 1989 fehlte, war eine revolutionäre, internationalistische Führung.

Genau dafür traten wir Spartakisten bei der Treptower Demonstration gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen

Ehrenmals am 3. Januar 1990 ein, die wir initiierten und die von der SED-PDS aufgegriffen wurde. Die Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus betonte vor den 250 000 Menschen, die sich in Treptow versammelt hatten: „Der Kampf um die Macht ... muß liegen in den Händen von Arbeiterräten, damit rationelle vernünftige Entscheidungen gefunden werden können, zur Zufriedenheit der Mehrheit... Vielleicht wird dieses Beispiel die Sowjetunion ermutigen, den gleichen Weg zu nehmen.“ Aber gerade der Klassenkampf der Arbeiter, ob Ost oder West, war für die „oppositionellen“ Plattformler „unrealistisch“.

„Früh“sozialismus oder: Für Reformisten ist es zum Sozialismus immer zu „früh“

Die PDS rühmt sich, „keine Anschauungspartei“ zu sein. Das Gleiche trifft auch auf die Kommunistische Plattform zu. Die KPF, wie oben angedeutet, ist eher eine „Heimat“ für einen DDR-loyalen Teil der ehemaligen SED, im Gegensatz zu den offenen DDR-Verrätern um Gysi, Bisky, Brie und ihresgleichen. Die Gründer der Plattform (heute repräsentiert durch Heinz Marohn und Eberhard Czichon) verstanden sich als Anhänger von Gorbatschow und sahen „in N.I. Bucharin und seinen Auffassungen eine reale historische Alternative zum Stalinismus und eine schöpferische Weiterführung Leninscher Gedanken“ (in der Broschüre „Auskünfte“ vom April 1990). Ein anderer Flügel, vertreten durch Wagenknecht, geht hingegen zurück zu Ulbricht und Stalin und behauptet: „Nicht zu leugnen ist, daß Stalins Politik – in ihrer Ausrichtung, ihren Zielen und wohl auch in ihrer Herangehensweise – als prinzipientreue Fortführung der Leninschen gelten kann“ (*Disput* Nr. 2, 1993). Nur hat Stalin das gesamte ZK vom Revolutionsjahr 1917 ermorden lassen, um die revolutionäre Tradition des Leninismus in Blut zu ertränken!

Beide Flügel der Plattform unterstützen das stalinistische Dogma des „Sozialismus in einem Land“ und die Strategie der Klassenzusammenarbeit, die „Volksfront“. Und beide

Fortgesetzt auf Seite 10

Kommunistische Plattform...

Fortsetzung von Seite 9

Flügel können den Untergang der DDR und den Zerfall des ganzen sowjetischen Blocks nicht erklären. In der Folge der kapitalistischen Konterrevolution haben Marohn und Czichon eine Theorie des „Frühsozialismus“ entwickelt. Vermutlich ist darunter ein Vergleich zum „Frühkapitalismus“ des deutschen Bauernkriegs des 16. Jahrhunderts zu verstehen. „Früh“ sagen die KPFler deshalb, weil die Oktoberrevolution sich unter Bedingungen ereignete, wo „die kapitalistische Gesellschaft noch nicht voll entwickelt war“ (Broschüre „Warum sind KommunistInnen in der PDS?“). Hier ist hervorzuheben, daß das Land, wo die KPFler den Sozialismus aufbauen wollen, das hochentwickelte *Deutschland* ist. Im nachhinein haben die KPFler das Gefühl, durch die Existenz der Sowjetunion in der eigenen Entwicklung zurückgehalten worden zu sein. Dies nimmt manchmal sogar rassistische Züge an, wie man an ihrer Spekulation darüber sieht, „ob nunmehr die antikapitalistische Revolution nicht auch als neue Form eines Barbarensturms denkbar ist“ (ebenda).

Das war 1918 genau die Argumentation von Kautsky, um gegen die Verteidigung der Oktoberrevolution aufzutreten: Weil Rußland nicht reif für den Sozialismus war, war es abenteuerlich von Lenin, die Macht zu erobern. Tatsächlich ist die ganze „Frühsozialismus“-Theorie der KPFler eine *Entschuldigung für ihren eigenen Verrat an der DDR*. Daß die KPFler die Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion als tragisch betrachten, die PDS-Führung hingegen als Erlösung, ist nur noch zweitrangig, wenn sie darin übereinstimmen, daß sie für den weiteren Fortschritt unvermeidlich war. In der ganzen Broschüre „Warum sind KommunistInnen in der PDS?“ findet sich übrigens kein einziges Wort zu 1989/90. Merkwürdig, nicht wahr?

Lenin und Trotzki sahen wie alle anderen führenden Bolschewiki in der Oktoberrevolution den ersten Schritt zur Weltrevolution, wodurch das schwächste Glied in der kapitalistischen Kette zerbrochen wurde. Es war für die gesamte bolschewistische Partei zu Lenins Zeit selbstverständlich, daß die Russische Revolution eine Brücke zur Revolution in den fortgeschrittenen imperialistischen Ländern sein sollte, und daß sie ohne diese Ausweitung nicht überleben könnte.

Die Grundlage für Stalins politische Konterrevolution, den Thermidor, war das Scheitern der deutschen Revolution 1923 und die Isolierung der Russischen Revolution. Die aufsteigende Bürokratie machte daraus die „Theorie“, es sei möglich, den Sozialismus in einem Land aufzubauen. Aber der Weltmarkt und die Arbeitsteilung, die unter dem Kapitalismus erreicht wurden, machen den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in jedem beliebigen Land der Welt unmöglich, besonders in einem so rückständigen Land wie Rußland.

Stalin und sein Sprachrohr Bucharin vertraten die Bürokratie, die die Arbeiterklasse politisch atomisierte und entmachtete, wenn auch die ökonomische Grundlage der proletarischen Diktatur erhalten blieb. Es waren Trotzki und die Linke Opposition, die dafür kämpften, die bolschewistische Partei und Sowjetrußland zum proletarischen Internationalismus von Lenin zurückzubringen, ein Kampf, der in Trotzki's Schlüsselwerk *Die Dritte Internationale nach Lenin* (1928) dargestellt wird.

Von Ulbrichts Neuem Ökonomischem System bis Gorbatschows Perestroika, oder von „Marktsozialismus“ bis Konkurs

Die Bucharinsche/Stalinsche Entstellung der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) dient Marohn als Leitbild. Bucharin wollte aus einem notwendigen vorübergehenden

Rückzug eine permanente Strategie entwickeln und machte weitgehende Zugeständnisse an die Kulaken und ausländischen Kapitalisten. Diese Politik führte 1928 zu Getreidestreiks der Bauern und damit an den Rand einer Konterrevolution. Schara Wagenknecht wiederum ist Anhängerin von Ulbrichts DDR-Variante namens Neues Ökonomisches System (NÖS). Dieses war in Wirklichkeit ein Versuch, in den 60er Jahren „Marktsozialismus“ in DDR-Farben einzuführen. Beide KPFl-Richtungen ignorieren, daß diese Politik die Kräfte der kapitalistischen Restauration förderte (die NÖP) oder die Planwirtschaft unterminierte (das NÖS). Wie wir in unserer Broschüre „Marktsozialismus“ in Osteuropa“ (August 1989) schrieben: „Die teilweise Dezentralisierung der Investitionen, auf die Rentabilität der Betriebe ausgerichtet, rief in der ganzen Wirtschaft Unausgewogenheiten und Engpässe hervor.“

Und natürlich wurde während der NÖS-Periode der Rückstand gegenüber der BRD bei der Arbeitsproduktivität eher vergrößert. Als der polnische Arbeiteraufstand 1970 Gomułka stürzte, nahm Honecker auf Geheiß des Kreml den Platz von Ulbricht ein und warf das NÖS über Bord, um zu versuchen, die Arbeiter in der DDR dadurch zu beschwichtigen, daß er gewisse egalitäre Maßnahmen durchführte und den Lebensstandard der Massen erhöhte. Wagenknecht zeigt ihre *arbeiterfeindliche* Haltung, indem sie Honecker genau dafür angreift:

„Ebenso die Verschiebung in der Klassenbasis der SED auf die untersten Schichten der Arbeiterklasse. Zur Folge hatte das die Abkehr vom Leistungsprinzip und eine Politik der Gleichmacherei, die sich nach dem VIII. Parteitag in fast allen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzen konnte.“ (*Weissenseer Blätter* Nr. 4/92)

Das von Wagenknecht so bejubelte NÖS wandte sich an die Betriebsleitungen und Technokraten, also gerade an die Schicht der stalinistischen Bürokratie, die sich in der Sowjetunion unter Gorbatschow auf den Weg zum Kapitalismus machte – in der Hoffnung, die neuen Yuppies zu werden. Aber im Gegensatz zu Gorbi-Fans wie Marohn oder denjenigen, die wie Wagenknecht und Kurt Gossweiler Gorbatschow vorwerfen, der UdSSR den Todesstoß versetzt zu haben, war Gorbatschows Perestroika ein letzter verzweifelter Versuch der bankrotten stalinistischen Bürokratie, ihre Herrschaft zu retten. Dies entfesselte allerdings die offenen Kräfte der Konterrevolution. Deshalb waren Ligatschow und der Rest von Gorbatschows alter Garde in der „Achterbande“ nicht in der Lage, auch nur den geringsten wirksamen Widerstand zu leisten, als im August 1991 der Mächtigen-Zar Boris Jelzin die Macht ergriff. Die Plattform rief zur Rückkehr zum „revolutionären Weg der Perestroika“ auf, wohingegen wir die sowjetischen Arbeiter dazu aufriefen, Jelzins konterrevolutionäre Barrikaden wegzufegen.

Die Programmatik der Kommunistischen Plattform ...

Wahrscheinlich hofft die Kommunistische Plattform, von der rechten PDS-Führung „toleriert“ zu werden. Gegen die Hexenjagd innerhalb der PDS verteidigt sich die KPFl hauptsächlich mit dem Argument, die PDS sei eine „pluralistische“ Partei. Wenn Antikommunisten im Bundestag auf PDS-Sesseln sitzen, warum sollte die Plattform nicht auch im Vorstand oder wenigstens im Parteirat dabei sein können? All das hat schon seine perverse Logik: So wie die PDS Bismarcks Enkel, den erklärten Deutschnationalen Einsiedel, und Leute wie den sozialdemokratischen Antikommunisten Gerhard Zwerenz als Brücke zur SPD braucht, so setzt auch die Plattform auf genau diese Leute, in der vergeblichen Hoffnung, damit ihre eigene Existenz in der PDS zu schützen.

Als es beim PDS-Parteitag 1993 hart auf hart ging, zogen

Wagenknecht/Benjamin ihren etwas linkeren Programmentwurf mit folgender Begründung zurück:

„Wir sahen die Möglichkeit eines gemeinsamen Entwurfes darin, zunächst noch kein Grundsatzprogramm, sondern einen Minimalkonsens zu beschließen, das heißt, ein Programm, das sich vor allem auf die Fragen des aktuellen politischen Kampfes konzentrieren sollte.“
(Mitteilungen Nr. 1/93)

Dieser Minimalkonsens ist seinem Inhalt nach rein (bürgerlich) demokratisch, und genau solche sozialdemokratischen Minimalprogramme wurden von der Kommunistischen Internationale *abgelehnt*. In einem jahrelangen Kampf gegen den Opportunismus in der russischen Sozialdemokratie schuf Lenin die Avantgardepartei, die fähig war, das Proletariat an die Macht zu führen. Auf dem Dritten Weltkongreß der Komintern 1921 sagte er:

„Wissen wir denn nicht, daß das größte Unglück der Arbeiterbewegung in Deutschland darin bestand, daß sie den Bruch [mit dem Opportunismus] nicht schon vor dem Krieg vollzog? Das hat 20 000 Arbeitern das Leben gekostet, die von den Scheidemännern und Zentristen – durch ihre Polemik und ihre Anklagen gegen die deutschen Kommunisten – der deutschen Regierung ausgeliefert worden sind.“

Diese Lehren wurden beim Dritten Weltkongreß in den „Thesen über die Taktik“ und 1938 in Trotzki's *Übergangsprogramm* zusammengefaßt: „Man muß der Masse im Verlauf ihres täglichen Kampfes helfen, die Brücke zu finden zwischen ihren aktuellen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution.“

... und die Praxis

Auf der PDS-Konferenz zur „Praxis und Programmatik“ am 26. November betonte Wagenknecht: „In der Durchsetzung dieses sozialen und politischen Rechtskurses existiert faktisch längst die Große Koalition.“ Sie meint SPD und CDU; aber *ihre* PDS ist auch dabei. Der Kanzlerkandidat ihrer Partei war in Wirklichkeit niemand anderes als Rudolf Scharping, dessen Partei am Vorabend des Rostocker Pogroms die berüchtigten Petersberger Beschlüsse zur Zerstörung des Asylrechts und für weltweiten Bundeswehreininsatz faßte.

Wagenknecht warnt vor einer „pauschalen Tolerierung“ bürgerlicher Regierungen. Aber wie steht es mit der „Tolerierung“ der bürgerlichen rot-grünen Regierung in Sachsen-Anhalt durch die PDS, was bedeutet eine „selektive Tolerierung“ hier? Heißt das, gegen die Festnahme eines Unterstützers der maoistischen KPD durch die Höppler-Regierung in Magdeburg zu kämpfen, die sich auf Adenauers KPD-Verbot von 1956 stützt? Heißt das, den Wirtschaftsminister Klaus Schucht abzulehnen, den SPD-Mann in der Treuhand, der für die Abwicklung der Chemieindustrie in Sachsen-Anhalt verantwortlich war? Was schlägt die KPF vor bezüglich der Magdeburger Polizei, die im Mai letzten Jahres einem faschistischen Lynchmob half und Immigranten, die sich zu verteidigen versuchten, festnahm? Die PDS und die KPF haben nichts getan. Wie Bisky dem SPD-Ostpolitiker Erhard Eppler sagte: „Schon sind wir mit in der Verantwortung“ (*Spiegel*, 21. November). Richtig! Kommunisten dagegen sollten bürgerliche Regierungen *pauschal ablehnen*, um die Klassenunabhängigkeit des Proletariats zu bewahren.

Die Plattform stellt Lenins und Trotzki's Kampf auf dem Dritten Weltkongreß der Komintern für die Einheitsfronttaktik fälschlicherweise als den Vorläufer der Volksfront hin. Aber laßt uns mal über die Einheitsfront reden. Als Ergebnis der Konterrevolution gibt es täglichen Nazi-Terror gegen Immigranten, Juden, Homosexuelle und Linke. Notwendig sind *hauptsächlich auf die Arbeiterklasse gestützte*

Einheitsfrontaktionen, um die Nazis zu stoppen. Wir haben dies sehr, sehr oft vorgeschlagen und haben im November 1991 zum Jahrestag der Reichspogromnacht sogar den DGB Halle dazu gekriegt, zur Mobilisierung am gleichen Ort und zur gleichen Zeit wie die Nazi-Provokation aufzurufen, bis die SPD-Oberen auf ihre Gewerkschaftsbürokraten Druck ausübten, ihren Aufruf zurückzuziehen. Wo waren die PDS und die Plattform: meilenweit entfernt beim Ablenkungsmanöver, gleich neben den Pastoren und Stadtvätern mit ihrer Lichterkette.

Als die Dresdner PDS-Führerin Ostrowski 1993 mit dem Nazi-Führer Mayer über ihre „Gemeinsamkeiten“ diskutierte, protestierte Sahra Wagenknecht vehement gegen diese Obszönität. Aber gleichzeitig erklärte sie: „Um nicht mißverstanden zu werden: Gespräche mit verblendeten Jugendlichen, die den braunen Rattenfängern hinterherlaufen, halte ich, wo immer das möglich ist, für den Versuch wert“ (*Presse*, 19. März 1993). Mit anderen Worten: „Dialoge“ mit jungen Nazi-Killern, die Immigranten überfallen. Hält sie etwa Völkermord für diskutabel? Und auf welcher Basis will sie mit Jungfaschisten diskutieren? Der gemeinsame Nenner ist der Nationalismus, und das bindet auch Plattform und PDS-Führung an Stalin/Ulbricht, die 1952 mit der Stalin-Note ein „neutrales“ deutsches Vaterland anboten.

Gleichzeitig appelliert die Plattform, wie die PDS, an die Bullen, Gerichte und Innenminister des Vierten Reichs, die bekannterweise Vietnamesen und andere Immigranten täglich terrorisieren, abschieben, *ihre* Organisationen verbieten usw.: „Dazu ist es notwendig, ein Verbot faschistischer Organisationen und Publikationen durchzusetzen“ (Broschüre „Warum sind KommunistInnen in der PDS?“, Februar 1994). Aber der kapitalistische Staat ist notwendigerweise der Feind der Werktätigen und Unterdrückten und wird nicht wirklich auf Faschisten einschlagen. Hier liegt der Unterschied zwischen einer proletarischen revolutionären Perspektive und einer reformistischen Strategie (siehe dazu unsere Broschüre „Vorant/Militant Labour: rührendes Vertrauen in den bürgerlichen Staat“).

Wagenknecht gibt zu, die meisten Grundbedürfnisse der Werktätigen wie „... Arbeit für alle, bezahlbares Wohnen, soziale Sicherheit, ökologischer Umbau, Überwindung des Dritte-Welt-Elends usw. – sind im Rahmen des kapitalistischen Gesellschaftssystems tatsächlich nicht realisierbar“. Doch selbst jetzt, wo die PDS und sogar Teile der SPD darüber jammern, daß das „Modell Deutschland“ der Klassenzusammenarbeit durch den „Standort Deutschland“ des offenen Klassenkriegs gegen die Gewerkschaften und den „Sozialstaat“ ersetzt worden ist, schwört die Plattform einen Treueeid auf die Verfassung: „In Deutschland sind grundlegende gesellschaftliche Veränderungen im Rahmen der Verfassungs- und Rechtsordnung bzw. durch ihre Veränderung mit verfassungsmäßigen Mitteln zu erreichen“ („Antithesen zur Programmdiskussion“ von Benjamin, Czichon, Wagenknecht u.a., Mai/Juni 1991).

1989/90 verurteilten führende Ideologen der SED-PDS unsere Losung „Für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!“ als „rote Seifenblasen“. Aber da die Internationalisierung der kapitalistischen Produktion mehr und mehr in Widerspruch zu den nationalen Grenzen der kapitalistischen Staaten gerät, ist gerade die Vorstellung von einer Sozialreform in einem Land nichts weiter als *rosarote Seifenblasen*. Wenn Arbeiter für eine Arbeitszeitverkürzung und höhere Löhne kämpfen, drohen die Bosse jetzt einfach damit, die Produktion ins Ausland zu verlagern. Die SPD/DGB-Bürokraten und die PDS antworten auf die „Globalisierung“ der Produktion mit dem Gift des Protektionismus; die PDS redet auf EKO-Stahlarbeiter ein, und SPD-Bürokraten mobilisieren zum großen Teil türki-

Fortgesetzt auf Seite 26

Heroische sowjetische Spione Ehrt Richard Sorge und Ozaki Hozumi!

Zu Ehren der beiden heroischen sowjetischen Spione Richard Sorge und Ozaki Hozumi fand am 50. Jahrestag ihrer Hinrichtung, dem 21. November 1994, eine Gedenkfeier in Tokio statt. Rund 400 Leute, darunter viele ältere ehemalige KP-Unterstützer, Ozakis Stiefbruder und Persönlichkeiten aus dem Bekanntenkreis des Sorge-Spionagerings, nahmen an der Veranstaltung teil. Die Spartakist-Gruppe Japan der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) hielt vom Podium aus eine Rede, die wir nachfolgend abdrucken. Grüße wurden von Unterstützern der IKL in Moskau und von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands an die Gedenkfeier gesandt.

Im Namen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) drückt die Spartakist-Gruppe Japan ihre Solidarität mit denjenigen aus, die heute abend hierher gekommen sind, um dem Gedenken an Richard Sorge und Ozaki Hozumi am 50. Jahrestag ihrer Exekution durch den japanischen Imperialismus Ehre zu erweisen. Sorge und Ozaki waren Kommunisten, die für die Verteidigung der großen russischen Oktoberrevolution gestorben sind und die dem Weltproletariat als Helden in Erinnerung bleiben werden, die auf unserer Seite der Klassenlinie kämpften. Manche Linke, die sich historisch geweigert haben, die ehemalige UdSSR zu verteidigen, sind entweder feindselig gegenüber Sorge und Ozaki oder versuchen Ozaki als Pazifisten hinzustellen. Ozaki war kein Pazifist!! Sorge und Ozaki waren revolutionäre Internationalisten und waren sich der Bedeutung der Russischen Revolution für die internationale Arbeiterklasse sehr bewußt.

Als die Bolschewiki, geführt von W.I. Lenin und Leo Trotzki, das zaristische Völkergefängnis zerschlugen und die russische Bourgeoisie stürzten, schufen sie den ersten Arbeiterstaat der Welt. Dieser Sieg inspirierte die Arbeiterklasse auf der ganzen Welt, und er wird dies auch weiterhin tun, trotz der triumphalistischen Erklärungen der Bourgeoisie, daß der Kommunismus tot sei. Von den kämpferischen

Arbeitern in Südkorea bis zu den militanten Streikkämpfen in Italien und Südafrika ist der Klassenkampf immer noch sehr lebendig. Die Lehren der Russischen Revolution — daß eine leninistische Partei, die keine Kompromisse mit der Bourgeoisie eingeht oder sich an diese anpaßt, notwendig ist, um die Arbeiterklasse zur Macht zu führen — sind heute so gültig wie 1917.

Die konservative stalinistische Bürokratie konsolidierte eine Ideologie, die auf ihrer privilegierten sozialen Position basierte als einer parasitären Kaste, die dem sowjetischen Proletariat 1923/24 die politische Macht entriß. Ihr Programm des „Sozialismus in einem Land“ bedeutete „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus statt der internationalen Ausweitung der proletarischen Revolution, was die einzige wirkliche Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution war. Stalin unterminierte auf kriminelle Weise die Verteidigung der UdSSR gegen die Nazi-Barbarei, indem er am Vorabend des Zweiten Weltkrieges eine blutige Säuberung des Offizierskorps der Roten Armee durchführte und die lebenswichtigen Informationen über Hitlers drohenden Überfall auf die UdSSR ignorierte, die er von Sorge, Ozaki und Treppers europäischem Netz der „Roten Kapelle“ erhielt.

Wir sind in eine neue und gefährliche Ära eingetreten. Infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion, die von Stalin und seinen Erben erwürgt worden ist, sind in der heutigen Weltpolitik interimperalistische Rivalitäten vorherrschend. Die Welt wird immer mehr aufgeteilt in drei feindliche Handelsblöcke: die europäische EG unter Führung des deutschen Imperialismus, der nordamerikanische Handelsblock NAFTA unter Führung des US-Imperialismus und eine neue ostasiatische „Wohlstandssphäre“ unter Führung der hiesigen japanischen Bourgeoisie. Ozaki wußte, daß China die Zielscheibe konkurrierender imperialistischer Mächte in der Zeit vor dem Pazifik-Krieg war. Heute sind

Fortgesetzt auf Seite 23

Spartakist-Abokampagne: Ein Erfolg!



Spartakist

Endergebnis nach fünf Wochen

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	140	148	106
Halle	70	93	133
Hamburg	70	78,5	112
Auf Entfernung	20	15	75
Gesamt	300	334,5	112

Abonniert jetzt!

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
 Auslandsabo: DM 15,— Übersee Luftpost: DM 20,—
 Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—
 alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 116

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
 Konto 11988-601, Postgiro Frankfurt/Main, BLZ 50010060

Brief an Militant/Voran: Antwort auf eine Provokation

Der Zusammenbruch des Stalinismus hat die Linke durchgeschüttelt, und eine ganze Reihe von Gruppen hat ihre Verankerung verloren — manchmal auf ziemlich spektakuläre Weise. Ein entsprechender Fall ist die französische Gauche Révolutionnaire/Jeunes Communistes Révolutionnaires (GR/JCR), geführt von einem gewissen Raymond Debord, der in letzter Zeit politisch quer durch die Gemüsebeete gehüpft ist. Um zu verhindern, daß ihre Drehungen und Windungen aufgedeckt werden, haben sie zunehmend zu Schlägertaktiken gegen unsere Genossen Zuflucht genommen.

Debords JCR entstand vor zwei Jahren aus der französischen VS-Sektion, der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), mit dem Anspruch, die Volksfrontpolitik der LCR von links abzulehnen. Aber die JCR taumelte bald in bizarren und widerliche Manöver, dabei flirtete sie mit faschistischen Ideologen und stalinistischen Überresten bei dem Versuch, eine französische Imitation der „rot-braunen“ Koalition in der Ex-Sowjetunion zusammenzuzimmern (siehe „Die JCR und ‚Idiot International‘“ in der *Spartakist*-Broschüre „Voran/Militant Labour: Rührendes Vertrauen in den kapitalistischen Staat“).

Beim Sommercamp, das von der Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE/YRE) im August letzten Jahres abgehalten wurde, führte Debord einen Schlägertrupp gegen die Spartakisten an, weil unsere Verurteilung ihrer sozialdemokratischen Linie, daß Bullen, die bezahlten Schläger der Bourgeoisie, „Arbeiter“ seien, die „Verbündete“ der Arbeiterklasse sein könnten, voll getroffen hat (siehe „JRE/Voran: Sommercamp-Pleite“, *Spartakist* Nr. 114, September/Oktober 1994). Die JRE/YRE wird von der britischen Gruppe Militant Labour geführt, zu deren internationalen Schwesterorganisationen in Deutschland die Sozialistische Alternative Voran (SAV) und jetzt in Frankreich die JCR gehören.

Am 11. Oktober letzten Jahres attackierten junge JCR-Möchtegern-Raufbolde unsere Genossen der Ligue trotskyste de France, als diese an der Universität Tolbiac in Paris ein Flugblatt verteilten, das gegen den von der Regierung betriebenen rassistischen Ausschluß von jungen Frauen protestierte, die auf der Oberschule islamische Kopftücher tragen. Das Flugblatt griff die JCR an, weil sie dazu aufruft, die Bullen, die rassistischen Terror gegen Immigranten und Jugendliche nordafrikanischer Herkunft verbreiten, in die Gewerkschaften aufzunehmen. Vor den Augen zahlreicher Studenten stießen JCRler eine junge Genossin der LTF und schlugen einen schwarzen Genossen zu Boden.

In einem Flugblatt, das am nächsten Tag verteilt wurde, prangerte die Groupe de Jeunesse Spartaciste de Tolbiac (Spartakist-Jugendgruppe Tolbiac) den Überfall der JCR dafür an, daß sie damit ihre liquidatorische Intervention bei den Schülerprotesten verschleiern wollten, wo sie „nur als eine Plattform für die islamischen Fundamentalisten dienten, ohne ein einziges Wort über ihr eigenes formales Programm zu sagen“.

Um ihre Schlägermethoden zu vertuschen, haben Debord & Co. zynisch versucht, *sich selbst* als die Opfer hinzustellen, und gleichzeitig angedeutet, daß sie weitere Provokationen starten werden. Dies war die Bedeutung eines Briefs der internationalen Führung der Labour Militant Tendenz, des Committee for a Workers International, vom 21. Oktober. Wir drucken nachstehend unsere Antwort ab.

New York, 5. November 1994

International Secretariat,
Committee for a Workers International
London

Werte Genossen,

wir haben Euren Brief an unsere französische Sektion, die Ligue trotskyste (LTF), erhalten, der angeblich eine Schilderung der kürzlichen gewalttätigen Konfrontationen zwischen Eurer französischen Sektion (GR/JCR) und unseren Genossen ist. Euer Brief ist ein durchsichtiger Versuch, durch Verleumdung das aggressive Gangstertum zu verschleiern, das Euer Führer in Frankreich, Raymond Debord, gegen unsere Genossen entfacht hat, und um eine Basis für weitere Provokationen gegen unsere Organisation zu schaffen. Indem Ihr sicherheitshalber die Behauptung einstreut, ein LTF-Genosse wäre einer Immigrantin und Genossin von Euch von ihrer Wohnung aus gefolgt — eine höchst hetzerische Anschuldigung, die absolut unwahr ist —, habt Ihr Euch darauf verlegt, den Angriff Eurer Genossen auf unser Verkaufsteam an der Universität von Tolbiac am 11. Oktober einfach als unsere Erfindung zu leugnen, obwohl Dutzende Studenten Zeugen des Vorfalles waren. Außerdem brachte die LTF sofort ein Flugblatt an der Tolbiac-Uni heraus (anbei), das den feigen, durch nichts provozierten Angriff verurteilte, bei dem unser Genosse Pierre von Debords Ordner Nummer eins, Gérald, ohne Warnung von hinten getroffen und zu Boden geschlagen wurde.

Der gewalttätige Überfall Eurer Genossen hatte den Zweck, uns an der Verteilung eines Flugblatts zu hindern, in dem wir die maghrebinischen Schülerinnen verteidigen, die durch den Bayrou-Erlaß der rassistischen französischen Regierung aus der Schule ausgeschlossen wurden. Der Angriff an der Tolbiac-Uni war die Fortsetzung des rachsüchtigen Gangstertums, mit dem Raymond Debord beim Sommercamp der Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE/YRE) angefangen hat, einer Organisation, die politisch von Eurem Committee for a Workers International geleitet wird. Am lächerlichsten und durchsichtigsten an Eurem jetzigen Brief ist, daß Ihr es fertigbringt, nicht ein Wort über das Camp zu verlieren, das tatsächlich zum großen Teil von Raymond Debords persönlich angestachelter Kampagne der Gewalt und Verleumdung gegen die IKL/LTF dominiert war, und über das schließliche Scheitern dieser Kampagne.

Um Euer Gedächtnis aufzufrischen: Beim Camp versuchte Raymond Debord, die Genossen der IKL daran zu hindern, unsere Broschüre „Voran/Militant Labour: Rührendes Vertrauen in den kapitalistischen Staat“ zu verkaufen. Die Broschüre (die den vollständigen Text der Polemik von GR/JCR gegen die IKL enthält sowie unsere Antwort, die die Linie Eurer Organisation entlarvt, sich im Kampf gegen den Faschismus auf den kapitalistischen Staat zu verlassen) hatte offensichtlich eine so vernichtende Wirkung auf Debord, daß er nicht nur unsere Verkäufer attackierte, sondern sogar über ein Mitglied der eigenen französischen JRE herfiel, als sie ein Exemplar kaufte. Wir protestierten sofort gegen diesen Angriff bei der JRE/YRE-Führung, gegenüber anderen anwesenden Organisationen und in einem Flugblatt, das an die Camp-Teilnehmer verteilt wurde und in dem wir die Verbindung zogen zwischen der Linie Eurer Organisation, daß die rassistischen Bullen „Arbeiter in

Fortgesetzt auf Seite 14

Bürgerliche Teilung zwischen Kopf- und Handarbeit überwinden „Instandhaltung und die kommunistische Bewegung“

Leo Trotzki schrieb in Ihre Moral und unsere (1939) über den kompromißlosen Kampf, die marxistische Moral den bürgerlich-liberalen Werten entgegenzusetzen, die dem Kleinbürgertum eingepfropft worden sind. Die Teilung zwischen „Denkern“ und „Machern“ ist ein Merkmal von Klassengesellschaften in allen Teilen der Welt und besonders im Erbe von Sklaverei und Feudalismus verwurzelt.

Die folgenden Bemerkungen des Genossen Jim Robertson auf der letzten Nationalen Konferenz unserer amerikanischen Sektion, der Spartacist League/U.S., die wir aus Workers Vanguard Nr. 605, 2. September 1994, übersetzt haben, unterstreichen besonders die kommunistischen Werte und unser Ziel, die anmaßende bürgerliche Teilung zwischen Hand- und Kopfarbeit abzuschaffen.

Auf ganz reale Weise ist dieser Bericht Nina Hartley gewidmet (die den Kampf gegen eine parallele Art von Gemeinheit und Heuchelei personifiziert – in ihrem Fall sexueller Art –, die der bürgerlichen Ordnung eigen ist). Einzigartig unter den fortgeschrittenen Industrieländern, leidet Amerika unter der Religiosität von organisiertem und repressivem Aberglauben. Und ein Aspekt davon, neben dem in bezug auf Nina Hartley, ist die Frage der Instandhaltung und der kommunistischen Bewegung.

Die bürgerliche Norm heißt: Die Geschäftsleitung ist ganz oben und die Instandhaltung im Keller (eine Abwandlung des Themas im von Priestern versuchten Italien – der Mann oben, die Frau in der Küche). Als wir noch in unserem alten nationalen Büro waren, hatten wir, dachte ich, eine optimale Anordnung. Wir hatten Büros im vierten und ersten Stockwerk, doch im neunten Stock waren direkt nebeneinander das zentrale Büro und die Instandhaltungsabteilung. Es klappte sehr gut; es war eine wirkliche Zusammenarbeit, und dies stand stark im Gegensatz zur bürgerlichen Norm, die natürlich darin besteht, daß Börsenmakler den Klempnern weit überlegen seien.

Nun, nur halb nebenbei: Um die Welt zu verändern, muß



Nina Hartley, angeklagt wegen des „Verbrechens“ lesbischer Liebe, ist Sozialistin und Verfechterin der sexuellen Befreiung. Viva Nina!

Dennis Silverstein

man dazu fähig sein, sie zu verändern, und nicht nur etwas lernen, damit man darüber schreiben kann. Wie Stalin sagte: „Papier ist geduldig.“ Einmal hielt William F. Warde (George Novack) ein nettes kleines Schwätzchen über Philosophie, und er benutzte die marxistische Redewendung: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpre-*



Wilfried Bauer

Junge sowjetische Freiwillige arbeiteten unter grauenhaften Bedingungen an der Fertigstellung der Baikal-Amur-Magistrale, der Fernbahn durch Sibirien

tiert; es kommt aber darauf an...“ An dieser Stelle setzte ich an: „sie [die Philosophen] zu zerstören!“ Und der Mann sah deutlich schockiert aus. Doch es gab einen Sinn dabei.

Wenn du also nicht in einer fundierten Weise mit den Händen arbeiten kannst, bist du wirkungslos. Und wenn du nichts mit den Händen anzufangen weißt, bist du ein Ignorant, und sicher bist du kein Naturwissenschaftler oder Ingenieur. Vielleicht bist du Peter Camejo [ein ehemaliger Führer der Socialist Workers Party], der ein politisch korrekter, sozial bewußter Investmentberater ist.

Nun, diese Bemerkung hat ihre Grenzen. Stalin raubte Banken aus, während Trotzki schrieb. Doch ich möchte darauf hinweisen, daß Trotzki auch die Rote Armee organisierte, während Stalin anscheinend auch seine Genossen an die zaristische Ochrana [Geheimpolizei] ausgeliefert hat. Ein Beispiel, das ich selbst am Chemie-College von Kalifornien [Berkeley] erlebte, waren ziemlich junge, erstklassige Chemieprofessoren, die bei ihrer Forschung an den Grenzen der bekannten Wissenschaft alle Arbeiten an der Elektronik, alle Klempnerarbeiten, die ganze Glasbläserei und eine ganze Menge anderer Dinge selbst durchführten, die sie auf ihre eigene Initiative hin lernten, zweifellos unter der Anleitung von Handwerksgehlen und -meistern. Doch sie machten es, und sie machten es richtig, weil die Messungen für ihre Arbeit alles bedeuteten.

Und das zeigt eine andere Seite des Problems. Ein guter Handwerker stößt ohne den technischen oder wissenschaftlichen Überblick notwendigerweise an begriffliche Grenzen und muß frustriert werden. Ich denke, daß Bucharin in

Fortgesetzt auf Seite 23

Debatte der Spartacist League/U.S. mit Ernest Mandel

Etwa 400 Menschen drängten am 11. November in den Hörsaal der Public School 41 in New York City, um eine seltene und wichtige Debatte über revolutionäre Strategie zu hören, die hauptsächlich zwischen der Internationalen Kommunistischen Liga, vertreten durch Joseph Seymour vom ZK der Spartacist League/U.S., und Ernest Mandel vom „Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale“ (VS) geführt wurde. Dies war in New York die seit Jahren größte Versammlung derer, die sich auf den Trotzismus berufen, die Fortsetzung des revolutionären Internationalismus von Lenins Bolschewiki angesichts der stalinistischen Degeneration der Kommunistischen Internationale.

Organisiert von der Spartacist League und gemeinsam geleitet von Vertretern der IKL und des VS, wurde die Veranstaltung in den besten Traditionen der Arbeiterdemokratie organisiert. Die Hauptsprecher hatten für Präsentation und Erwidern jeweils gleiche Redezeit. Die zwanzig Redner aus dem Publikum waren abwechselnd Unterstützer des VS, der IKL und anderer anwesender Tendenzen wie League for a Revolutionary Party, Bolshevik Tendency, Freedom Socialist Party und International Trotskyist Opposition.

Seit den Anfängen der IKL als Revolutionary Tendency, die 1963 aus der Socialist Workers Party (SWP) in den USA ausgeschlossen wurde, bestehen wir auf der Notwendigkeit, einen politischen Kampf bis zum Ende gegen diese revisionistische Strömung zu führen, die von Michel Pablo ins Leben gerufen und von Mandel unterstützt wurde und durch die Anfang der 50er Jahre die Vierte Internationale zerstört wurde. Pablo und seine Anhänger reagierten impressionistisch auf die Entstehung bürokratisch deformierter Arbeiterstaaten in Osteuropa und China sowie auf das Anwachsen stalinistischer Parteien in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, und sie beschlossen, das trotzkistische Programm über Bord zu werfen. Als internationaler Sekretär der Vierten Internationale wies Pablo die Trotzisten an, sich organisatorisch und programmatisch in die stalinistischen und sozialdemokratischen Massenparteien zu liquidieren, mit dem Ziel, sie auf einen „ungefähr revolutionären“ Kurs zu drängen. Diese Perspektive verwarf direkt die Grundlage der Vierten Internationale, die 1938 als eine leninistische Avantgardepartei gegründet wurde, um dem internationalen Proletariat, dessen stalinistische und sozialdemokratische Irreführer im Interesse des „demokratischen“ Kapitalismus die Arbeiterkämpfe verraten hatten, eine revolutionäre Führung zu geben.

In unserem Kampf zur Wiederschmiedung einer authentisch trotzkistischen Vierten Internationale begrüßten wir diese Gelegenheit, Mandel politisch zu konfrontieren, den



Workers Vanguard



Workers Vanguard

Der Sprecher des Vereinigten Sekretariats Ernest Mandel (links) und Joseph Seymour von der Internationalen Kommunistischen Liga während der Debatte

führenden Vertreter des heutigen Pabloismus. Der Zentrist Mandel macht zwar rituelle Verbeugungen vor der marxistischen Ausdrucksweise, in der Praxis ist er aber weit nach rechts gegangen. Als erster Redner der Debatte schloß Mandel in seiner Präsentation für die nächste Periode jede Möglichkeit einer proletarischen Revolution aus. „Die Krise der Menschheit, der menschlichen Zivilisation“, bemerkte er, „wird lange dauern.“ Für Mandel ist dies nur logisch, da er schon lange den entscheidenden Grundsatz von Trotzki's Übergangsprogramm aufgegeben hat, der erklärt, daß „die Krise der proletarischen Führung, die zu einer Krise der menschlichen Kultur geworden ist, nur durch die Vierte Internationale gelöst werden kann“.

Mandel widersprach unserer Behauptung, „die gegenwärtige Periode ist vor allem durch die Auswirkungen der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa gekennzeichnet“ (aus „Workers Struggles Across Europe“ [Arbeiterkämpfe in ganz Europa], *Workers Vanguard* Nr. 592, 21. Januar 1994). „Dies ist falsch“, sagte er. „Das Hauptmerkmal der Weltlage ist die weltweite Offensive des Kapitals gegen die Arbeit“, womit er die Verbindung zwischen der arbeiterfeindlichen Offensive und dem Zusammenbruch der bürokratisch degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten ignorierte. In seiner typischen objektivistischen Art behauptete Mandel, der Schlüssel sei „die gegenwärtige lange Welle der kapitalistischen Wirtschaftskrise“. Wie immer schreibt er die Rolle der revolutionären Partei und ihres Programms ab.

Nachdem Mandel die proletarische Revolution von der Tagesordnung gestrichen hatte, fiel er in reinen Reformismus: „Das strategische Ziel sollte es werden, um jeden Preis einen Atomkrieg zu vermeiden und alle Atomkraftwerke stillzulegen.“ Diese Bemerkung enthüllt mehr als nur das „Ergürnen“ von Ernest Mandel. Hier wiederholt er den revisionistischen „Marxisten“ Karl Kautsky, dessen pazifistische Behauptung, der imperialistische Krieg könne gestoppt werden, ohne daß die Arbeiterklasse an die Macht kommt, von Lenin machtvoll widerlegt wurde.

Genosse Seymour bemerkte in seiner Präsentation, daß Mandels VS, das 1963 als ein Block zwischen Pablos Tendenz und der nach rechts gehenden SWP gegründet wurde, „immer eine Pressure-group gewesen ist, die auf verschiedene reformistische, kleinbürgerlich radikale und bürgerlich nationalistische Strömungen Druck ausübt, und nichts anderes sein wollte. Tatsächlich hat Mandel in all den Jahrzehnten buchstäblich alles versucht, *nur nicht* eine proletarische Avantgardepartei aufzubauen.“ Gegenwärtig hat das VS „sich in die internationale Sozialdemokratie liquidiert, zu der jetzt auch die vielen ex-stalinistischen Parteien gehören, und will diese aufbauen“.

„Sie möchten zu gern die Genossen von den Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht sein, zu denen sich jetzt die Erben der Mörder von Trotzki gesellen“, fuhr Seymour fort. „Nun, wir von der Internationalen Kommunistischen Liga haben einen anderen Weg eingeschlagen.“ Er zitierte aus dem Übergangsprogramm, dem Gründungsdokument der Vierten Internationale: „Die Vierte Internationale erklärt den Bürokraten der Zweiten, Dritten, Amsterdamer und anarcho-syndikalistischen Internationale samt ihren zentristischen Satelliten kompromißlos den Krieg.“ „Unser Ziel“, faßte er zusammen, „ist es, eine Vierte Internationale wiederzuschmieden, die ein für alle Mal die Erben der Mörder von Luxemburg, Liebknecht und Trotzki politisch zerstören wird.“

Das Programm ist der Schlüssel

Für Trotzkiisten ist der Schlüssel zum Thema der Debatte, „Der Kampf für die sozialistische Weltrevolution heute“, *welches Programm* die Arbeiterklasse zur Macht führen kann. Doch eines der Hauptthemen von Mandel und seinen Unterstützern war es, sich über die IKL lustig zu machen, weil sie auf dem Aufbau einer programmatisch festen Partei besteht. Als Mandel „ein unentwirrbares Knäuel von Widersprüchen“ auflistete, von denen die IKL angeblich geplagt wird, gehörte dazu auch unsere „Besessenheit wegen korrekter Formulierungen“.

Bei einem seiner Versuche, einen Treffer zu landen, wiederholte er die alte Leier: Wenn ihr so klug seid, warum seid ihr dann nicht reich? „Wenn nach mehr als einem hal-

ben Jahrhundert von Revolutionen und Konterrevolutionen der wirkliche Trotzkiismus, den als einzige zu repräsentieren die Spartakisten für sich in Anspruch nehmen, sich auf ein paar hundert Leute in der ganzen Welt reduziert, die keine wirkliche Verwurzelung in der Arbeiterklasse irgendeines Landes haben, wäre dies der Beweis für das grundlegende historische Scheitern des Trotzkiismus als politische Strömung.“ Dies „Argument“ stammt direkt aus dem zynischen Arsenal der Stalinisten gegen den Trotzkiismus.

Mandel stellte der angeblichen „Bedeutungslosigkeit“ der IKL den „Einfluß“ des VS gegenüber. „Wir haben zwei gewählte MPs [Parlamentsabgeordnete] in Europa“, obwohl, wie er zugab, „Genosse Winnie Wolf“ aus dem VS austrat, kaum daß er auf der Liste der PDS in den deutschen Bundestag gewählt worden war – der Partei, die 1990 den ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat ausverkauft hat. „Wir haben viele MPs in Brasilien... Wir haben Dutzende Stadt- oder Landräte.“ Klar ist vor allem, daß sie einen Appetit auf reformistische parlamentarische Politik „großen Stils“ haben.

Mandel berührte schließlich doch einige der strittigen programmatischen Fragen. Er stellte unsere Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten gegen die kapitalistische Konterrevolution als „prostalinistisch“ hin und verurteilte besonders unsere Unterstützung für den Gegenputsch von General Jaruzelski in Polen gegen Lech Walesas Solidarność, als diese im Dezember 1981 versuchte, die Macht zu ergreifen.

Zum Schluß erwähnte er „einen Sieg von wahrhaft historischen Dimensionen“: die „vollständige politische Rehabilitation“ von Trotzki und seinen Anhängern durch das sowjetische Militär und die Zeitung *Iswestija* 1990. Die IKL argumentierte damals, daß Trotzki keinerlei Bedarf an einem Führungszeugnis hat, ausgestellt von den Erben seiner Mörder, die außerdem gerade in dem Augenblick dabei waren, Jelzins Konterrevolution den Weg zu ebnet!

Genosse Seymour konzentrierte sich auf die strategischen Schlüsselfragen für Kommunisten heute: die Volksfront – eine Koalition, die die Arbeiterparteien an die Bourgeoisie kettet – und die „russische Frage“, d. h. die

Fortgesetzt auf Seite 18



Workers Vanguard

New York, 11. November: 400 Leute wurden von der Debatte zwischen Vereinigtem Sekretariat und Internationaler Kommunistischer Liga angezogen

Mandel-Debatte...

Fortsetzung von Seite 17

marxistische Analyse von und das Programm für die degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten. Trotzki kämpfte für die bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion gegen die Restauration des Kapitalismus und für eine politische Arbeiterrevolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie.

In diesen und anderen Fragen, bemerkte Seymour, „hat Mandel die moralische Autorität des Trotzismus verkauft“. Das VS wurde gegründet auf der Grundlage der politischen Unterstützung für Castros stalinistisches Regime in Kuba und des Eintretens für die kleinbürgerliche Strategie des Guerillakriegs, für die Che Guevara ein Beispiel war. Die Spartakisten bekämpften die Preisgabe von Trotzki Perspektive der permanenten Revolution durch das VS. Nach dieser Perspektive kann nur das Proletariat, das die Bauernschaft führt, die demokratischen Aufgaben in den kolonialen Ländern durch die sozialistische Revolution durchführen. Wir hielten an der Notwendigkeit einer leninistischen Avantgardepartei fest, während das VS in den kleinbürgerlichen Nationalisten einen Ersatz für die Arbeiterklasse sah. Wir kämpften für die bedingungslose militärische Verteidigung von Kuba gegen den Yankee-Imperialismus und riefen gleichzeitig zur politischen Arbeiterrevolution von Moskau bis Havanna auf und zur Ausweitung der Revolution auf die imperialistischen Zentren als der einzig wirklichen Verteidigung der Revolution. Während Mandel als Lehnstuhl-Guerillastrategie auftrat, versuchten manche seiner Genossen tatsächlich, das erklärte Programm des VS in die Praxis umzusetzen, und kamen in Bolivien und anderen Ländern um.

Nach diesem Debakel kroch das VS 1970 hinter Salvador Allendes chilenischer Unidad Popular hinterher, einer klassischen Volksfront. Seymour erwähnte, daß die französische Starsektion des VS offen Allendes Wahl begrüßte, während die Spartacist League, ausgehend von Trotzki's Lehren über die katastrophale Erfahrung mit den Volksfronten in Frankreich und Spanien in den 30er Jahren, vor jeder Unterstützung für diese bürgerliche Koalition warnte, die politisch die Arbeiterklasse entwarfnete. Tragischerweise erwies sich die chilenische Volksfront als noch selbstmörderischer als Guevaras Guerillastrategie; Zehntausende von Aktivisten wurden nach dem Pinochet-Putsch 1973 getötet.

Die russische Frage, frontal und zentral

Der IKL-Redner wies auf Mandels Unterstützung für proimperialistische Dissidenten hin, die als Anhänger der „Demokratie“ im Sowjetblock auftraten. Dies ging so weit, daß 1989 die VS-Zeitschrift *International Viewpoint* ohne Kritik einen Artikel veröffentlichte, der die estnischen „Waldbrüder“ lobte, Faschisten, die im Zweiten Weltkrieg an der Seite von Hitlers SS kämpften. Seymour bemerkte: „In der Zeit des zweiten Kalten Kriegs trafen Mandel und seine Gesinnungsfreunde niemals einen nicht-russischen, antikommunistischen Nationalisten in Osteuropa, den sie nicht leiden konnten ... natürlich geschah das im Namen von Demokratie, nationaler Unabhängigkeit und Antistalinismus.“

Ende der 70er Jahre sprang das VS auf den Zug der antisowjetischen „Menschenrechts“offensive von US-Präsident Carter, die eine Voraussetzung bildete für den Aufstieg der prokapitalistischen Solidarność in Polen. „Mandel und seine Gesinnungsfreunde unterstützten Solidarność mit gleicher Inbrunst wie Ronald Reagan und Margaret Thatcher“, erklärte Seymour. Auf der Suche nach „Einfluß“ schwamm Mandel mit dem Strom und stieg ins Bett mit

sozialdemokratischen Kalten Kriegern wie Frankreichs Mitterrand und den deutschen und schwedischen Gewerkschaftsbürokraten. Seymour erinnerte daran, wie Mandel Walesa & Co. taufte: als „die besten Sozialisten in der Welt“ – zweifellos weil sie den Sozialismus offen ablehnten“. Im Gegensatz dazu sagten wir: „Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!“ Seymour zitierte aus einem Artikel von *Workers Vanguard* aus dem Jahr 1981, der darstellte, was wahrscheinlich dabei herauskommt, wenn Solidarność an die Macht kommt:

„Ausländische Kapitalinvestitionen [würden] in einem massiven Ausmaß angelockt werden... Löhne würden eingefroren werden, um mit dem Weltmarkt zu konkurrieren. Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Arbeitern würden ... arbeitslos. Sicherlich wollen die Massen der von Solidarność irreführenden Arbeiter das nicht. Aber die Restauration des Kapitalismus in seiner ganzen Erbarmungslosigkeit würde aus dem Programm von Solidarność, der ‚Demokratie im westlichen Stil‘, folgen wie die Nacht auf den Tag.“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 10, Winter 1981/82)

„Welcher ehrliche und objektive Mensch würde heute leugnen, daß das, was wir 1981 vorhersagten ... tatsächlich eingetreten ist“, fragte er.

Als das Schicksal der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten 1989/90 in Deutschland am seidenen Faden hing, fuhr Seymour fort, mobilisierte die IKL alle ihr zur Verfügung stehenden Kräfte, um mit dem Programm für eine revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands zu intervenieren – einem roten Rätedeutschland. Wir stellten uns bedingungslos gegen den imperialistischen Anschluß des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaats DDR. Und wir initiierten den Aufruf zur Einheitsfrontdemonstration im Januar 1990, die 250 000 gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow und zur Verteidigung der DDR auf die Straße brachte.

Im Gegensatz dazu war das Vereinigte Sekretariat total gelähmt. Eine IKL-Rednerin erwähnte anschließend in der Diskussionsrunde die Beschreibung des rechten VSlers Matti über ihre zwei Linien zur deutschen Wiedervereinigung: „Ein Teil wollte Champagner trinken; der andere Teil wollte Alka-Seltzer haben“, bemerkte sie. „Aber niemand wollte eine revolutionäre Intervention in diese entstehende politische Revolution haben.“

Nachdem das VS konterrevolutionäre Kräfte von Walesa bis zum Pöbel der kapitalistischen Restauration auf Jelzins Barrikaden vor Moskaus Weißem Haus im August 1991 unterstützt hatte, leugnet es jetzt, daß in diesen Ländern der Kapitalismus restauriert worden ist. Ihr Kriterium ist die sozialdemokratische Erklärung, daß der größte Teil der Industrie immer noch verstaatlicht ist. Nachdem ein IKL-Redner in der Diskussion erwähnt hatte, daß das VS sich geweigert hat, die Sowjetunion über Afghanistan zu verteidigen, und tatsächlich sogar den Abzug der sowjetischen Truppen gefordert hat, die gegen CIA-unterstützte, Frauen hassende islamische Fundamentalisten kämpften, bemerkte er: „Es ist schon seltsam, das VS verteidigt die Sowjetunion, wo sie als Arbeiterstaat nicht mehr existiert. Denkt mal darüber nach.“

Erst kürzlich hat sich das VS im ehemaligen Jugoslawien auf die Seite des „demokratischen“ Imperialismus gestellt, und zwar mit der Kampagne „International Workers Aid to Bosnia“. Marxisten halten diesen brudermörderischen Bürgerkrieg für reaktionär auf allen Seiten und rufen gleichzeitig zur Verteidigung der Serben gegen imperialistische Angriffe auf. Doch *International Viewpoint* des VS, wie Seymour bemerkte, „prahlt, daß seine Unterstützer Lkw-Konvois unter dem Schutz der imperialistischen UN-Streitkräfte nach Bosnien gefahren haben. Ein

Bericht lobt sogar ‚die echten Bemühungen vieler UN-Offiziere und -Soldaten, die uns geholfen haben‘. Hier hat man also nicht nur direkte Unterstützung für ein bürgerlich-nationalistisches Regime, sondern sogar direkte Appelle für militärische Aktionen durch dessen imperialistische Sponsoren.“

Trotzkismus kontra VS-Opportunismus

Die Beiträge der Spartakist-Unterstützer in der Diskussion nahmen die antitrotzkistische Geschichte der Kapitulation und des Hinterherkriechens von seiten des VS auseinander. Doch niemand von Mandels Gesinnungsfreunden, einige mit vielen Jahrzehnten politischer Erfahrung, machte auch nur den Versuch, für ihre Positionen zu argumentieren, statt dessen protestierten sie, daß dies 20 Jahre alte Fragen seien, und tadelten uns wegen unserer „Grobheit“. Während Mandel den scholastischen Stil eines europäischen Akademikers annahm, traten seine amerikanischen Unterstützer als USA-bornierte, und noch dazu ziemlich demoralisierte, Provinzler auf. Was ihre Lektionen in Etikette betrifft, so haben viele der VS-Redner ihre „Methode“ in der SWP während der Anti-Vietnamkriegsbewegung gelernt, als die SWP gegen Progressive Labor, die Spartacist League und andere, die gegen ihre Volksfrontkoalitionen mit den „Tauben“ der Demokratischen Partei waren, Ordnertruppen anführte.

Trotzki schrieb: „Seine Halbheit verbirgt der Zentrist oft mit Hinweisen auf die Gefahr des ‚Sektierertums‘, wobei er unter Sektierertum nicht abstrakt-propagandistische Passivität (im Geiste der Bordigisten) versteht, sondern die aktive Sorge um prinzipielle Sauberkeit und Klarheit der Einstellung, um politische Folgerichtigkeit und organisatorische Geformtheit.“ Tatsächlich stand ein VS-Unterstützer nach dem anderen auf, um die „Inflexibilität“ und „unheimliche Einheitlichkeit“ der IKL zu verurteilen – d. h. ein prinzipienfestes Festhalten an einem revolutionären Programm. Steve Bloom von BIDOM [Bulletin in Defense of Marxism] und Solidarity sagte: „Ich würde vorschlagen, daß der Hauptpunkt für den Stolz der Spartakisten, ihre Standhaftigkeit und Unerschütterlichkeit zum Programm, in Wirklichkeit ihrer Methode das deutlichste Armutszeugnis ausstellt.“ Als nächster Mandelianer fragte Paul Le Blanc, der bei der Veranstaltung mit den Vorsitz hatte: „Was die Art von praktischer Arbeit zum Aufbau einer Arbeitermassenbewegung betrifft, die gewinnen kann, was tut ihr dafür?“ Später beschuldigte Dorothy Breitman die SL, „überhaupt jede Aktivität deshalb anzuprangern, weil sie für kein vollständiges revolutionäres Programm eintritt“, und bat die Redner, den „Unterschied zwischen dem Programm der Einheitsfront und dem der Partei“ zu definieren.

Als Antwort auf den Vorwurf des „Abstentionismus“ der Spartakisten wiesen IKL-Redner auf unsere Geschichte hin, Einheitsfrontaktionen gegen faschistischen Terror zu organisieren, die sich auf die Macht der integrierten Arbeiterbewegung stützen, von Washington, D.C. 1982 bis Springfield, Illinois, im Januar 1994. Vor kurzem initiierte der Spartacus Youth Club in Berkeley einen Protest, der ein Nazitreffen mit dem „Historiker“ und Hitlerverehrer David Irving dichtmachte. Ein Gewerkschafter und Unterstützer der Spartacist League fragte zugespitzt: „Wo und wann hat das Vereinigte Sekretariat jemals versucht, Trotzkis Strategie des vor allem proletarischen Kampfes gegen den Faschismus in die Tat umzusetzen?“

In seiner Präsentation machte Mandel viel Wind, um die Spartacist League zu beschuldigen, sie hätte einen Verrat der französischen Lambertisten vertuscht, die während des algerischen Unabhängigkeitskampfes in den 50er Jahren die nationalistische MNA unterstützt hatten. MNA-

Führer Messali Hadj landete schließlich auf der Seite von De Gaulle und des französischen Imperialismus. Die vermeintliche Grundlage für Mandels Angriff war die Tatsache, daß wir uns mit dem Internationalen Komitee solidarisierten, das 1954 von der SWP, Lamberts Gruppe und der britischen Healy-Gruppe gegründet worden war, um sich dem pabloistischen Revisionismus zu widersetzen. Mandel beabsichtigte auf durchsichtige Weise, die eigene begeisterte politische Unterstützung der Pabloisten für das bürgerlich-nationalistische FLN-Regime Algeriens hinter einer Nebelwand zu verschleiern.

In Wirklichkeit hat die Spartacist-Tendenz eine höchst kritische Einschätzung der Lambert-Gruppe über Algerien. Eine öffentliche Schulung der Ligue trotskyste de France, Sektion der IKL, im Juni 1992 dokumentierte detailliert, wie die Lambertisten für Messali Hadj den Strohhalm spielten, was so weit ging, daß sie offen im kolonialistischen Lager landeten. Ein LTF-Sprecher faßte zusammen: „Lambert wurde in dieser ganzen Periode zum Anwalt, zum Sprachrohr für die Linie von Messali Hadj.“

In der Publikumsdiskussion bei der Debatte antwortete ein IKL-Redner auf Mandel:

„Wie er weiß, haben wir nicht das Geringste mit Lamberts Unterstützung für Messali Hadj zu schaffen. Tatsächlich unterstützen wir militärisch die Befreiungskräfte gegen den französischen Imperialismus... Aber was war die Position des Vereinigten Sekretariats? Deine Organisation unterstützte politisch einen Flügel der FLN, der bürgerlichen Nationalisten, seit Mitte der 50er Jahre... [Das VS] verbreitete kriminellerweise die Lüge, daß die nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonien sich in eine sozialistische Revolution verwandeln könnten, ohne die Intervention einer revolutionären marxistischen Partei, einer Arbeiterpartei an der Spitze der Bauernschaft. Und vielleicht erinnert sich Genosse Mandel gern an Algerien als den Fall, wo Pablo selbst die pabloistische Linie umsetzen konnte – als Doppelmitglied sowohl in der Regierung von Ben Bella als auch im VS leitete er das kapitalistische Algerien – oh, ich bitte um Entschuldigung, er baute den algerischen ‚Sozialismus‘ auf, wie er es nannte. Nun, das ist für dich ‚Einfluß‘.“

Unser Genosse erwähnte, daß das VS im letzten Jahr Pablo wieder als Mitglied aufgenommen hat und daß die algerische VS-Gruppe abwechselnd das bürgerliche Militärregime unterstützt und mit der islamisch fundamentalistischen FIS demonstriert.

Ein weiterer IKL-Redner entlarvte das Hinterherkriechen des VS hinter den Volksfronten in Mexiko, wo die PRT die bürgerlich populistische Partei von Cuauhtémoc Cárdenas unterstützte, und in Brasilien. Als 1989 eine linke Tendenz gegen die Bildung einer Volksfront durch Lulas brasilianische Arbeiterpartei (PT) auftrat, wurde ein Führer der VS-Strömung „Sozialistische Demokratie“ (!) innerhalb der PT, João Machado, hingeschickt, um sie rauszusäubern. Aus diesen Aktivisten entstand die Gruppe Luta Metalúrgica, die vor kurzem in brüderliche Beziehungen mit der Internationalen Kommunistischen Liga trat.

Einen interessanten Einblick in das VS lieferte eine Anhängerin der Internationalen Trotzkistischen Opposition, die in der neutralen Gruppe sprach, obwohl die ITO sich selbst als eine Tendenz im VS bezeichnet. Zum größten Teil verteidigte sie Mandel, der, wie sie sagte, innerhalb des VS „manche korrekten Positionen bezogen hat“, darunter „zur Frage der Volksfront um Cárdenas in Mexiko, zur Frage der Volksfront um Lula in Brasilien, zur Frage der antistalinistischen Anpassung an den Imperialismus in bezug auf Serbien, und er war auch gegen die von der

Fortgesetzt auf Seite 20

Mandel-Debatte...

Fortsetzung von Seite 19

Führungsmehrheit befürwortete Liquidierung des VSVI [VS] in die Bewegungen der Sozialdemokratie.“ Aber, fügte sie hinzu, „leider hat Mandel ein historisches politisches Problem damit gehabt, diese Kämpfe konsequent führen zu können“. Was sie nicht sagt!

Mandel hat oft gegen die offeneren rechten Tendenzen im VS polemisiert – nur um seine eigenen Unterstützer exponiert hängen zu lassen, zum Abschluß freigegeben. Dies ist eine „Internationale“, die häufig mehrere sich bekämpfende Fraktionen und sogar getrennte Sektionen in einem Land hat auf der Grundlage konkurrierender opportunistischer Gelüste. Bei dem Aufruhr in Portugal 1975, wo die reformistische Kommunistische Partei in einem Block mit linken Offizieren gegen die von den Imperialisten unterstützte Sozialistische Partei im Kampf stand, spaltete sich das VS in zwei Sektionen, die buchstäblich auf entgegengesetzten Seiten wirklicher Barrikaden antraten. Und im Iran unterstützten *beide* VS-Gruppen, die HKE und die HKS, Chomeinis „Islamische Revolution“, sogar als das Mullah-Regime ihre Genossen verhaftete und erschoss.

Mandel hat mehrere Generationen von Aktivisten, die Trotzisten sein wollten, politisch auf seiner Suche nach illusorischem „Einfluß“ geopfert. VS-Sektionen werden wieder und immer wieder gegründet und zerstört, während Mandel ein kautskyanisches Programm der „Einheit“ mit Maoisten, Grünen, Sozialdemokraten usw. verfolgt. Und je rechter, je „breiter“ die Zusammenwürfelung ist, um so besser – bis zu den unvermeidlichen Spaltungen. Innerhalb des VS haben Linke ein unglückliches Los gehabt. Mitte der 70er Jahre wurde die mandelianische Internationalistische Tendenz unter falschen Beschuldigungen aus der SWP ausgeschlossen. Obwohl sich Mandel in einem Fraktionskampf gegen die SWP-Führung befand, fügte er sich dem Ausschluß und verlangte, daß die ITler versuchen sollten, einzeln in die SWP zurückzukriechen. Das war das Ende dieser Tendenz.

Mandels Provokation scheitert

Gegen Ende der Diskussion muß Mandel die Niederlage gespürt haben, und er griff „die große Mehrheit der Leute hier“ als „völlig irrelevant, völlig bedeutungslos“ an. Nachdem Mandel wiederholt Seymours Zusammenfassung unterbrochen hatte, so daß er vom Vorsitzenden mehrfach verwahrt wurde, damit aufzuhören, brauste er auf: „Niemand hat mich seit 60 Jahren zum Schweigen gebracht... Das einzige, was ihr tun könnt, ist physische Gewaltanwendung – na los, na los!“ Diese offensichtliche Provokation alarmierte selbst seine eigenen Genossen, die versuchten, seine Ausbrüche unter Kontrolle zu halten. Mandel krönte seine eigene Zusammenfassung mit einem kautskyanischen Appell zur Abrüstung.

Wir drucken nachstehend Teile von Joseph Seymours Erwiderung auf Mandel ab. Wir freuen uns darauf, das ganze Protokoll der Debatte in unserer Zeitschrift *Spartacist* abzudrucken.

Nun, Ernest Mandel, ich fordere dich öffentlich heraus, einen Nachweis zu liefern oder, wie wir auf unsere derbe amerikanische Art sagen, leg' was auf den Tisch oder halt den Mund! Finde irgend etwas, wo wir die Unterstützung der Lambertisten für die Gruppe von Messali Hadj gebilligt hätten!... Finde irgend etwas, wo wir sagten, daß man den Sozialismus durch oder nach einem Atomkrieg aufbauen kann [Gelächter]... Aber vielleicht ist das, was du meinst,

etwas anderes: daß wir natürlich die Atomwaffen in den Händen der sowjetischen und chinesischen bürokratisch degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten verteidigt haben. Denn wenn sie diese Atomwaffen nicht gehabt hätten, wären sie mit Atomwaffen bombardiert worden. Es hätte keine Vietnamesische Revolution gegeben, es hätte keine Kubanische Revolution gegeben, Korea wäre strahlenverseuchter Schutt – und jeder, der das nicht glaubt, hat wirklich gewaltige Illusionen in den amerikanischen Imperialismus.

Die Einheitsfront ist eine *Aktion*; sie ist kein Programm, sie ist keine Partei, sie ist keine permanente Organisation, sie ist kein politischer Block – sie ist eine Aktion. „Vereint schlagen und getrennt marschieren.“... Was ihr gegen uns habt, ist *nicht*, daß wir uns nicht in politischen Kämpfen engagieren, ist *nicht*, daß wir uns nicht in Einheitsfronten engagieren, ist *nicht*, daß wir nichts mit der Arbeiterbewegung zu tun haben. Was ihr Leute gegen uns habt, ist, daß wir *Rote* sind und, was immer wir tun, wir auch bekannt sind als *Rote*!...

Okay. „Wir haben Massen und Einfluß, wir haben MPs im brasilianischen...“ Nichts habt ihr!... Weißt du, was ihr in Brasilien habt? Ihr habt einen Haufen Apparatschiks für Lula! Wenn morgen Lula sagte: „Lehnt die Vierte Internationale ab, lehnt den Trotzismus ab, lehnt die Diktatur des Proletariats ab, oder ihr werdet ausgeschlossen“, weißt du, was geschehen würde? Die Hälfte von euch würde ausgeschlossen werden, die andere Hälfte würde den Trotzismus ablehnen, die Leute, die ausgeschlossen wurden... [Mandel unterbrach an dieser Stelle minutenlang, bevor er nachließ.] Diejenigen, die den formalen Trotzismus ablehnen, werden diejenigen, die ausgeschlossen werden, beschuldigen, ultralinke Sektierer zu sein, und diejenigen, die ausgeschlossen werden, werden die anderen beschuldigen, Opportunisten zu sein...

Mitte der 30er Jahre spaltete sich eine bedeutende Persönlichkeit in der französischen trotzkistischen Bewegung vorübergehend nach rechts ab. Er schrieb an Trotzki einen Brief, der zur trotzkistischen Bewegung ganz kritisch war, und Trotzki antwortete: „Das gewichtigste Argument in dem Brief, nämlich: ‚Warum sind die Bolschewiki-Leninisten schwach geblieben in Deutschland, in Frankreich?‘, ist nichts anderes als ein Echo der zentristischen Einwände. ‚Warum wurdet ihr geschlagen von der stalinistischen Bürokratie, von der reaktionären Koalition in China?‘ Schon seit einiger Zeit erklären wir die Gründe für diese Niederlagen, und wir haben niemals irgendwelche Wunder versprochen. Unsere internationale Arbeit begann erst 1929 – und zwar nicht auf jungfräulichem Gebiet, sondern auf Gebiet, das gesättigt war mit alten und mächtigen Organisationen sowie mit neuen, verwirrten und oftmals verräterischen Organisationen, die den Anspruch erhoben, an unseren Prinzipien festzuhalten.“ Wißt ihr, wem Trotzki antwortete? Einem Mann namens Pierre Frank, der ein alter Genosse von Ernest Mandel war.

Auch unsere Tendenz hat nicht auf jungfräulichen politischen Gebieten angefangen und gearbeitet. Wir sind konfrontiert mit mächtigen stalinistischen, sozialdemokratischen Bürokratien, kleinbürgerlichen und bürgerlich-nationalistischen Bewegungen, und die meisten „Trotzkisten“ und „revolutionären Marxisten“ sind verräterische Opportunisten, für die Ernest Mandels Tendenz ein gutes Beispiel ist. Nun, ich glaube wirklich, daß die von Ernest Mandel geführte Tendenz einen Beitrag zum Aufbau einer revolutionären Bewegung leisten kann: Hört auf damit, euch als Trotzisten auszugeben! Hört auf damit, euch als revolutionäre Marxisten auszugeben! Und sagt ehrlich, daß ihr linke Sozialdemokraten seid.

Nach Workers Vanguard Nr. 611, 25. November 1994

Italien: Volksfront kann starken Staat nicht bekämpfen

Der folgende Artikel basiert auf Spartaco Nr. 44, September 1994, herausgegeben von unseren Genossen der Lega Trotskista d'Italia. Teil eins ist in Spartakist Nr. 115, November/Dezember 1994, erschienen.

Krieg gegen die Arbeiterklasse

Aber das Hauptziel der italienischen Kapitalisten ist es, die hart erkämpften Errungenschaften der Arbeiterbewegung rückgängig zu machen. Zu dem Deal, der die PCI und die Gewerkschaften in der Nachkriegsperiode ruhigstellen sollte, gehörte es, daß das italienische Kapital verschiedenen Mechanismen zur Sicherung des Arbeitsfriedens zustimmte. Diese sind immer teurer geworden, und jetzt will man sie unbedingt abschaffen. Die Scala mobile [automatische Anpassung der Löhne an höhere Preise] wurde 1946 eingeführt, unmittelbar nach der Niederlage der proletarischen Beinahe-Revolution im Vorjahr. In ähnlicher Weise gab es nach dem „heißen Herbst“ der Arbeiter- und Studentenkämpfe 1969 eine riesige Ausweitung des Sozialwesens, die mit Haushaltsdefiziten bezahlt wurde.

Teil zwei von zwei

Das Ergebnis war, laut dem Institut der deutschen Wirtschaft, daß 1992 die gesamten Arbeitskosten (Löhne plus Sozialleistungen) in Italien bei 32 DM pro Stunde lagen, die zweithöchsten in der Europäischen Union nach Deutschland (40 DM/Std.) und klar vor den USA (24 DM). Doch die Lira war durch das Europäische Währungssystem (EWS) an die D-Mark gekettet, was eine Abwertung unmöglich machte und italienische Exporte überteuerte (denn bei einem relativ niedrigen Automatisierungsniveau wurden die italienischen Lohnstückkosten entsprechend viel höher). Die Bourgeoisie erklärte den Arbeitern Mitte/Ende 1992 den Krieg. Die Scala mobile wurde abgeschafft, die Lira wurde aus dem EWS abgekoppelt und gegenüber der D-Mark um 25 Prozent abgewertet, und in der Industrie gab es Hunderttausende von Entlassungen.

Das Ergebnis ist ein massiver Angriff auf den Lebensstandard der italienischen Arbeiter. Von Mitte 1992 (vor dem Austeritätspaket der Amato-Regierung) bis Ende 1993 gingen in der Privatwirtschaft über 1,5 Millionen Arbeitsplätze verloren, sage und schreibe 7 Prozent aller Arbeitsplätze, der höchste offizielle Arbeitsplatzverlust aller westeuropäischen Länder in den letzten 15 Jahren. Das Ergeb-



Livio Senigalliesi

Mailand: 350 000 Arbeiter demonstrieren während des Generalstreiks am 14. Oktober gegen die Austeritätsangriffe der Berlusconi-Regierung

nis dieses Generalangriffs war eine bewußt herbeigeführte Rezession: Der private Verbrauch fiel um mehr als 2 Prozent, die Reallöhne um 3,7 Prozent. Aber der wichtigste Aspekt dieses Angriffs auf den Lebensstandard der Arbeiter ist, daß er mit der vollen Kooperation der reformistischen Gewerkschaftsführer ausgehandelt wurde. Genau dieser Verrat war die Ursache für den militanten Ausbruch von erbitterter Wut der Gewerkschaftsbasis, die im „heißen Herbst“ von 1992 ihre eigenen Führer mit wertlosen Münzen, verrottetem Gemüse und Schrauben bewarf. Und diese Antwort fürchten die Ausverkaufsbürokraten und die Bosse auch heute.

Der Generalangriff gegen die italienische Arbeiterklasse war also schon in vollem Gange, als die Rechtskoalition bei den März-Wahlen triumphierte. Inzwischen wird für die Massenarbeitslosigkeit (über 20 Millionen Arbeitslose in Europa selbst nach offiziellen Statistiken) die angebliche „Rigidität“ des Arbeitsmarktes verantwortlich gemacht. Was diese kapitalistischen Ideologen in ihrem Wirtschaftsjargon sagen, ist, daß sie die Macht der Gewerkschaften, Lohnerhöhungen durchsetzen zu können, brechen wollen. Sie wollen Jugendlichen Jobs zumuten, die unter der Armutsgrenze liegen, die Leistungen der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, des Gesundheits- und Sozialwesens zusammenstreichen, die „zyklische“ Arbeitslosigkeit sogar erhöhen und eine Masse von verarmten Arbeitern schaffen, die dann als potentielle Streikbrecher eingesetzt werden können, um den Gewerkschaften Schläge zu versetzen und die Profite zu steigern. Dieser Plan zu massiver Lohndrückerei ist für die führenden kapitalistischen Mächte zur offiziellen Politik geworden. Und er wird in den USA bereits

Fortgesetzt auf Seite 22

Italien...

Fortsetzung von Seite 21

umgesetzt, von Reagan bis Clinton. So stieg laut OECD-Statistiken von 1982 bis 1993 die Profitrate (das Verhältnis der Gewinne zu dem in der Wirtschaft eingesetzten Kapital) in den USA von 12,5 auf 18,3 Prozent, *ein Anstieg von beinahe 50 Prozent*, während sie in Italien so ziemlich unverändert blieb und von 11,9 auf 12,3 Prozent stieg. „Globalisierung“ der Wirtschaft bedeutet einen weltweiten Krieg gegen die Arbeiterklasse.

Das Übergangsprogramm für die sozialistische Revolution

Die europaweite kapitalistische Offensive gegen den „Sozialstaat“ baut auf der Lüge auf, daß die Züge pünktlich fahren werden – so wie einem Mythos nach unter Mussolini – und billig sind, wenn man die Sozialleistungen für die Massen zusammenstreicht. Wir sagen: Die Arbeiterklasse muß die Angriffe auf die Löhne, Renten, das Gesundheits- und Bildungswesen ebenso zurückschlagen wie die Privatisierungen und die Attacken auf die Gewerkschaften. Doch die Antwort besteht nicht darin, zu einem nicht existierenden „sozialen“ Kapitalismus zurückzukehren mit seinem aufgeblähten Staatsapparat und seinen Legionen von stempelwütigen Beamten, sondern darin, ein Regime zu errichten, das auf der Macht von Sowjets beruht, demokratisch gewählten Arbeiterräten, die planerische und ausführende Funktionen vereinen. Dies könnte wirklich dafür sorgen, daß alle eine medizinische Versorgung auf höchstem Niveau erhalten, und sicherstellen, daß alte Menschen ein Leben in Würde führen können mit Komfort und Wohlstand statt in Not.

Die Tatsache, daß eine bonapartistische Gefahr droht, heißt überhaupt nicht, daß man sie mit einem einfach (bürgerlich) „demokratischen“ Programm bekämpfen kann. Daß eine „partei-feindliche“ und politikverdrossene Stimmung so mächtig werden konnte, ist ein Beleg für den nicht zu übersehenden Bankrott von Italiens parlamentarischem Regime. Die Arbeiterklasse kann der unter schwerem Druck stehenden Kleinbourgeoisie die Aussicht bieten, ihr von dem erdrückenden Gewicht des Staatsparasitismus (wovon die Mafia ein begleitendes Element ist) Erleichterung zu verschaffen, aber nicht wie die Reformisten von PDS und RC mit ihren Phantasien über einen „gesetzlichen Weg an die Macht“. Die *Pariser Kommune*, die Diktatur des Proletariats, war die Antwort auf Louis Bonapartes mieses Zweites Kaiserreich, nicht eine Rückkehr zur ausgelaugten Zweiten Republik. Wie Marx schrieb:

„Die Kommune machte das Stichwort aller Bourgeoisrevolutionen – wohlfeile Regierung – zur Wahrheit, indem sie die beiden größten Ausgabequellen, die Armee und das Beamtentum aufhob... Aber weder ‚wohlfeile‘ Regierung noch die ‚wahre Republik‘ war ihr Endziel; beide ergaben sich nebenbei und von selbst.“ (*Der Bürgerkrieg in Frankreich*, 1871)

Durch den Sturz des Kapitalismus kann diese unterdrückte Staatsmaschinerie weggeräumt werden. Daher muß heute der Kampf für eine italienische Sowjetrepublik als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa geführt werden.

Doch ein solcher Kampf muß sich in erster Linie gegen die Volksfront richten, deren ganzer Zweck darin besteht, scharfen Klassenkampf zu verhindern. So treten heute die „Progressisten“ von PDS und RC als loyale parlamentarische Opposition zur rechten Regierung auf und versuchen damit, sich als eine alternative Führung für den „starken Staat“, den die Bourgeoisie anstrebt, zu profilieren. Das erste, was D'Alema tat, nachdem er Occhetto als Chef der PDS abgelöst hatte, war die totale Unterwerfung unter das

neue arbeiterfeindliche Regierungsprogramm, indem er „ja“ sagte zum „Einstiegslohn“ für Jugendliche unter dem Existenzminimum, „ja“ zur Finanzierung des privaten Bildungswesens und „nein“ dazu, die Arbeitsplätze „bis zuletzt“ zu verteidigen.

Dann gibt es noch die COBAS (Basiskomitees), in denen sich einige der kämpferischsten Teile der Arbeiterklasse in strategischen Betrieben des Nordens zusammengefunden haben. Bei Alfa Romeo erhielten die COBAS bei Gewerkschaftswahlen sogar mehr Stimmen als die Kandidaten der FIOM/CGIL-Führung. Doch obwohl Rifondazione Comunista bei den Wahlen den COBAS-Kandidaten Calini (ein Oppositioneller innerhalb der RC) fallenließ, um die Klassenkollaboration voranzutreiben, entschieden die COBAS dennoch, für die Koalition der „Progressisten“ zu stimmen! Diese gewerkschaftsoppositionellen Kräfte versuchen, die Arbeiterkämpfe in die Grenzen des militanten Syndikalismus einzuzwängen. Aber in dieser Periode des wirtschaftlichen Verfalls geht jede wichtige Forderung der Arbeiterklasse unausweichlich über die Grenzen der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse hinaus und ist mit dem bürgerlichen Staat konfrontiert. Und deshalb haben die COBAS kein Programm zum Kampf gegen die reformistischen Irreführer. Dies machte es dem CGIL-Metallarbeiterverband möglich, in diesem Jahr einen Ausverkaufstarifvertrag zu unterzeichnen, ohne auch nur einen symbolischen Streik organisiert zu haben, zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg.

Es ist nicht so, daß den werktätigen Massen und den Jugendlichen der Kampfeswille fehlt. Im Juni demonstrierten Zehntausende, um gegen Angriffe auf das staatliche Bildungswesen zu protestieren, und über 50 000 Beschäftigte im Gesundheitswesen gingen auf die Straße, um ihren Tarifvertrag zu verteidigen. Am 2. Juli demonstrierten etwa 10 000 Homosexuelle für schwules Selbstbewußtsein, was eine Botschaft an Despoten wie den Faschisten Buscaroli sein sollte, der im Wahlkampf zu den Europawahlen Konzentrationslager für Schwule gefordert hatte. Ein paar Tage vorher, am 28. Juni, traten im Hafen von Genua Hafendarbeiter in den Streik und weigerten sich, die „Achille Lauro“ zu entladen (ein Kreuzfahrtschiff, das dafür berüchtigt ist, daß ein älterer jüdischer Mann auf ihm getötet wurde), als Fini und seine faschistischen Kumpane von einer Mittelmeerkreuzfahrt zurückkehrten, bei der sie das Gelände der Schlacht von El Alamein im Zweiten Weltkrieg wieder besucht hatten.

Doch solche kämpferischen antifaschistischen und proletarischen Aktionen haben nicht die Unterstützung der PDS- und RC-Führer und treffen oft auf deren aktiven Widerstand. Während die Volksfront den Arbeitern erzählt, im Namen von „gemeinsamen Opfern“ müßten sie Tausende von Entlassungen hinnehmen, muß eine klassenkämpferische Führung ein Programm von Übergangsforderungen und -lösungen aufstellen, die die Defensivkämpfe in eine proletarische Offensive umwandeln, die imstande ist, die Rechten zu zerschlagen, und die den Weg zeigt zu einer Arbeiterregierung. Gegen die Massenarbeitslosigkeit und die Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse ist es notwendig, jeden Arbeitsplatz zu verteidigen und dafür zu kämpfen, nicht nur die *gleitende Skala der Löhne* (als Schutz gegen die Inflation) zurückzugewinnen, sondern auch eine *gleitende Skala der Arbeitszeit* einzuführen, um die gesamte vorhandene Arbeit ohne Lohnverlust auf alle zu verteilen, die sie brauchen, sowohl Italiener als auch Immigranten. Bei Demonstrationen und Streiks kann die *Organisation von Streikpostenkettten und Arbeiterverteidigungsgruppen* ein Schutz gegen Bullen und Streikbrecher sein und den Weg frei machen für kämpferische Arbeitermobilisierungen, um die Faschisten zu vertreiben.

Die Notwendigkeit von massenhaften *Arbeitermobilisie-*

rungen, um den faschistischen Terror zu stoppen, stellte sich im Mai in Vicenza ganz scharf. Die PDS- und RC-Führungen waren völlig gleichgültig und ließen es bei verbalen Protesten bewenden. Als eine Anzahl von militanten Autonomen auf die Nazi-Skinhead-Provokation antworteten und die örtlichen MSI-Büros angriffen sowie die Faschisten in der Regierung als die Anstifter der Killer-Skinheads anprangerten, reagierte der RC-Vorsitzende und „antifaschistische Partisan“ Armando Cossutta damit, daß er die Autonomen verurteilte. Wir fordern: *Hände weg von Autonomia Operaia und anderen antifaschistischen Aktivisten!*

Die Verteidigung von eingewanderten Arbeitern ist eine zentrale Frage für eine revolutionäre Partei, die als ein Volkstribun alle Opfer von Unterdrückung verteidigt. Während PDS und RC sogar bei der rassistischen Hetzkampagne gegen Immigranten mitmachten und sich bei Protesten gegen faschistische Angriffe auf dunkelhäutige „Ausländer“ nicht blicken lassen, fordern Marxisten *volle Staatsbürgerrechte für Immigranten*. Bei der Welle von irredentistischer (Heim-ins-Reich-) Demagogie, besonders gegen Slowenien und Kroatien wegen Istrien, ist es besonders wichtig, die *Autonomie von nationalen Minderheiten zu verteidigen*, so zum Beispiel für die deutschsprachige Bevölkerung in Südtirol (Alto Adige) und für die Slawen im Gebiet von Friuli-Giulia und Triest. (Die PCI war berüchtigt für ihre chauvinistische Haltung gegenüber den Slawen in Triest.) Wirkliche Kommunisten müssen auch *gegen die Auslandsabenteuer des lausigen italienischen Imperialismus* in Somalia, Mozambique und jetzt Ruanda mobilisieren.

Außerdem muß eine Partei, die die führende Beteiligung von Frauen am Klassenkampf und beim Kampf zur Frauenbefreiung fördern will, unbedingt für das Recht auf kostenlose Abtreibung auf Wunsch, auch für Minderjährige und eingewanderte Frauen, kämpfen; für ein kostenloses öffentliches Gesundheitswesen auf höchstem Niveau für alle; und für die *vollständige Trennung von Staat und Kirche*. Die Arbeiterklasse muß die Forderungen aufgreifen, daß alle kostenlosen Zugang zum öffentlichen Bildungswesen haben, mit angemessenen Stipendien für Studenten. Kurz, man muß ein Programm aufstellen, das die sozialen Kämpfe aller Unterdrückten hinleitet zur grundlegenden Frage der proletarischen Macht.

Aber das gesamte Panorama der italienischen Pseudolinken, von den PDS/RC-Reformisten bis zur Opposition innerhalb von Rifondazione Comunista, die von den vorgeblichen Trotzisten Maitan, Grisolia und Ferrando geführt wird, beschränken sich selber auf ein ökonomistisches Programm und sind unfähig, eine Alternative zur Klassenkollaboration aufzustellen. Die Unterstützer des „zweiten Antrags“ (gegen den Beitritt zum „Pol der Progressisten“) bei der Januar-Konferenz von RC 1994, die sich um die Zeitschrift *Proposta* (herausgegeben von Grisolia und Ferrando) gruppierten, bezogen anschließend eine Position rechts von Teilen der Arbeiterklasse, als sie sagten, es „wäre ein Fehler“, nicht für die Kandidaten der Volksfront zu stimmen, einschließlich der offen bürgerlichen Kandidaten.

Diese Zentristen und Reformisten des zweiten Aufgusses entwaffnen die Arbeiterklasse und fesseln sie weiter an die Volksfront. Notwendig ist der Aufbau einer leninistischen Partei, die unnachgiebig gegen Klassenkollaboration kämpft und dabei versucht, die Basis der bürgerlichen Arbeiterparteien von ihren Führern zu spalten, als Teil des Kampfes für die sozialistische Revolution. Die Arbeiter müssen organisiert werden, um für ihre eigene *Klassenherrschaft* zu kämpfen — die Diktatur des Proletariats, das sich, wie Marx sagte, dadurch befreit, daß es die Gesellschaft als ganze befreit. Die Lega Trotskista hat sich verpflichtet, eine solche Partei aufzubauen. ■

Richard Sorge...

Fortsetzung von Seite 12

der japanische und der US-Imperialismus wieder einmal Rivalen in der Frage, wer die zukünftigen Ausbeuter der chinesischen Massen sein werden.

Die noch verbliebenen Arbeiterstaaten Kuba, China, Nordkorea und Vietnam sind in großer Gefahr und müssen gegen den Imperialismus verteidigt werden. Aber diese stalinistischen Regime werden durch „marktsozialistische“ Projekte mehr und mehr von imperialistischer wirtschaftlicher Durchdringung abhängig, und dies kann nur zur Restauration des Kapitalismus führen. Das trotzkistische Programm der bedingungslosen militärischen Verteidigung der Arbeiterstaaten kann nur durch eine proletarische politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie erreicht werden.

Die eskalierenden interimperialistischen Handelskriege, angefacht durch Protektionismus, werden letztendlich zu einem neuen Weltkrieg führen. Im letzten Weltkrieg hatte Ozaki Hozumi gegenüber der japanischen herrschenden Klasse eine revolutionäre defätistische Position. Diese internationalistische Position gehört zu den besten Traditionen der Arbeiterklasse, im Sinne von Karl Liebknecht, dem historischen deutschen Kommunisten, der sagte: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ Wir brauchen eine internationale Partei der Arbeiterklasse, um deren kapitalistische Ausbeuter zu stürzen, bevor der Imperialismus die Menschheit in einen dritten Weltkrieg führt. Dies ist das Programm der IKL.

Der Kommunismus ist nicht tot! Er wird in den gegenwärtigen und zukünftigen proletarischen Klassenkämpfen weiterleben. Die beste Art für die japanische Arbeiterklasse, Richard Sorge, Ozaki Hozumi, Miyagi Yotoku und Branko de Vukelić zu würdigen, wird der Sturz ihrer Henker und der Aufbau einer Arbeiterrepublik sein, die ihrem Gedenken Ehre erweist. Wir sind stolz darauf, zu dem internationalistischen und kommunistischen Erbe zu stehen, das Sorge, Ozaki und ihre Genossen repräsentieren, und wir möchten den Organisatoren danken, die diese Gedenkveranstaltung ermöglicht haben. ■

Kopf- und Handarbeit...

Fortsetzung von Seite 15

einem seiner spekulativen Bücher äußerte, daß mit dem Sieg der Arbeiterklasse und der Entwicklung zu höheren Stufen des Sozialismus das vom Kleinbürgertum stammende Monopol der intellektuellen Fähigkeiten als letzter Rest der früheren Klassengesellschaft zertrümmert werden müßte und daß wir danach, zunehmend als Spezies vereint, auf dem Weg zum Kommunismus wären.

So hat man die bürgerliche Trennung zwischen dem Macher und dem Denker, dem Blaumann und dem Weißkittel, der Arbeit und dem Vergnügen, schmutzig und sauber, gemein und erlaucht. Was wir anstreben, sind vereinheitlichende kommunistische Werte, die es uns nicht nur erlauben, die Klempnerarbeiten neu zu machen, sondern Instandhaltungsteams sind fast so etwas wie der Kern militärischer Formationen. Außerdem, da dies meiner Meinung nach eine zentrale Achse der Welt ist, werde ich daher nicht eine verblüffte Gleichgültigkeit los gegenüber solchen Steckenpferden wie akademischem Multikulturalismus. Der pH-Wert von Wasser schert sich nicht um den ethnisch tief verwurzelten Geschmack an der Musik, die man sicher genießen sollte, wenn man sie mag. Aber ich sehe nicht, daß es viel ändert.

Vielen Dank.

Balkan...

Fortsetzung von Seite 1

deutschen Imperialismus für eine härtere Vorgehensweise gegen die Serben stark, ohne selbst allzu tief in das Schlamassel auf dem Balkan hineinschlittern zu wollen. Während des Kalten Krieges wurden Interessenkonflikte zwischen den herrschenden Klassen Amerikas, Westeuropas und Japans durch die allseitige Feindschaft zur Sowjetunion in gewissem Maße unterdrückt. Doch mit der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa und der Zerstörung der UdSSR muß das imperialistische Bündnis-system des Kalten Krieges zwangsläufig auseinanderbrechen. Das bisher blutigste Kapitel dieser Konterrevolution – die nationalistischen/kommunistischen Kriege, durch die die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien zerrissen wurde – hat auch immer tiefer werdende Risse in der NATO hervorgerufen.

Alle Streitkräfte von UNO/NATO raus aus dem Balkan, sofort! Nieder mit der Hungerblockade gegen Serbien!

Auf einen Anfang Dezember von Bonn lancierte „informelle“ Anfrage folgte eine Woche später die offizielle Aufforderung des NATO-Oberbefehlshabers für Europa, General Joulwan, sechs Tornado-Kampfflugzeuge der Bundeswehr einzusetzen, die mit hochmoderner ECR-Elektronik ausgerüstet sind. Während Kohl/Kinkel dies als „Akt der Solidarität“ und „Menschlichkeit“ an die kriegsunwillige Bevölkerung in Deutschland verkaufen wollten, schwor SPD-Vorsitzender Scharping absolute Treue zur faktischen großen Koalition in Bonn und erklärte, „daß in außenpolitischen Grundfragen im Sinne der Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der Politik eines Landes Konsens immer besser ist als Streit“. Sein Parteifreund Karsten Voigt, außenpolitischer SPD-Sprecher, stand ihm mit der verblüffenden Meldung zur Seite, der Tornado-Einsatz könne nicht im „herkömmlichen“ Sinne mit „links“ und „rechts“ beurteilt werden. Gegenüber zweifelnden Stimmen aus den SPD-Reihen wie Lafontaine, der über eine zu starke deutsche Beteiligung am Hexenkessel auf dem Balkan besorgt ist, forderte Scharping wie unter Kaiser Wilhelm eiserne „Disziplin“. Wie konkret (November 1994) treffend die Unterstützung der SPD für den „großen Lauschangriff“ und die anderen Angriffe auf Bürgerrechte charakterisierte, die den wachsenden deutschen Militarismus begleiten: „Einer muß der Pitbull sein.“

Große Teile der nationalistischen Grünen sind als rabiate Öko-Kriegshetzer hervorgetreten. Aber auch die PDS, die vehement gegen Bundeswehr-Einsätze im ehemaligen Jugoslawien auftritt, setzt zugleich voll auf die imperialistische Weltordnung. Wie schon 1991 beim Golfkrieg, als die PDS die imperialistische Hungerblockade gegen den Irak unterstützte, ist sie ein glühender Verteidiger der jetzigen imperialistischen Blockade gegen Serbien und fordert den deutschen Imperialismus auf, eine „Friedensbotschaft“ auf den Balkan zu bringen, am besten mit Hilfe der KSZE oder in UN-Verkleidung. Zuletzt bejubelte sie den ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter als „Hoffnungsträger“ (*Neues Deutschland*, 29. Dezember 1994), weil er eines der unzähligen „Waffenstillstandsabkommen“ aushandelte. Carter machte vor kurzem durch seine Vorarbeit für die US-Invasion in Haiti Schlagzeilen, und er ist vor allem dafür bekannt, daß er während seiner Präsidentschaft die anti-sowjetische „Menschenrechts“kampagne anleitete als ideologische Schützenhilfe für die Unterstützung der reaktionären Mullahs und die Ermordung sowjetischer Soldaten in Afghanistan.

Schlimmer noch ist die Politik des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale (VS) von Ernest Mandel, die sich ganz im Schlepptau der imperialistischen Sozialdemo-

kraten von Mitterrand bis Scharping befindet. Mit einer internationalen Kampagne „Workers Aid for Bosnia“ (siehe *Spartakist* Nr. 114, September/Oktober 1994) organisiert das VS für das bürgerlich-nationalistische bosnische moslemische Regime Versorgungsgüter, die von britischen und französischen Truppen eskortiert werden. In Deutschland wird diese Kampagne unter dem Titel „Tuzla in Gefahr“ seit der groß angekündigten Neugründung der VS-Sektion als Revolutionär Sozialistischer Bund stärker als je zuvor kundgetan. In ihrer Zeitung *Inprekorr* (November 1994) reihen sich diese vorgeblichen Trotzlisten schamlos in die antiserbische Kriegsfront ein und rufen implizit zur Militärintervention der Imperialisten auf: „Der [sic!] Radikalisierung der bosnischen SerbInnen in ihrem Streben nach Anerkennung ‚ihres‘ Staates kann nur gebremst werden, wenn das großserbische Projekt eine politische und militärische Niederlage erleidet.“ Mit dieser Position kann sich das VS bei so einigen imperialistischen Außenministerien um einen Beraterposten bewerben.

Imperialistische Rivalitäten bei den neuen Balkankriegen

Vor dem Ersten Weltkrieg hatte der deutsche Imperialismus über Slowenien, Bosnien und Kroatien, die damals die südlichsten Provinzen des Kaiserreichs Österreich-Ungarn darstellten, die Vorherrschaft. Im Zweiten Weltkrieg errichtete Hitlers Drittes Reich in Kroatien einen klerikal-faschistischen Marionettenstaat, der Hunderttausende Serben, Juden und Roma massakrierte. Titos kommunistische Partisanen kämpften gegen alle Kräfte des völkermörderischen Nationalismus – die kroatische Ustascha, die serbischen monarchistischen Tschetniks und die Nazi-Wehrmacht – und schufen somit die Grundlage für den jugoslawischen Arbeiterstaat, der – allerdings bürokratisch deformiert – nach dem Krieg entstand.

Als das titoistische Jugoslawien durch den Wiederaufstieg des Nationalismus zerrissen wurde, erkannte Deutschland die Situation und ergriff die Gelegenheit, seine politische Oberherrschaft auf dem westlichen Balkan zurückzuerlangen. 1991 setzte Bonn seine europäischen Verbündeten



Dufka/Reuters

Bombenattentat auf den Markt von Sarajevo am 5. Februar 1994 war Vorwand für NATO-Luftangriff gegen Serben. Geheimer UN-Bericht enthüllte später die Urheberchaft der bosnischen Regierung für dieses Massaker, bei dem 68 Menschen starben

so unter Druck, daß sie die Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien anerkannten; dadurch entfesselte es den Krieg zwischen Serben und Kroaten und führte direkt zu dem dreiseitigen Krieg zwischen Serben, Kroaten und slawischen Moslems in Bosnien.

Historisch ist Rußland der Großmacht-Beschützer Serbiens gewesen. Gerade durch die militärischen Schläge des zaristischen Rußlands gegen das morsche Osmanische Reich Ende des 19. Jahrhunderts wurden auf dem Balkan die Königreiche Serbien und Bulgarien wiederhergestellt. Heute träumt Boris Jelzins Regime der kapitalistischen Restauration davon, den Ruhm von Rußlands Reich wieder erstehen zu lassen. So hat Möchtegern-Zar Boris seinen russischen nationalistischen Gegnern die Hand gereicht als Anwalt der serbischen Sache auf der internationalen diplomatischen Arena und hat zugleich Hand in Hand mit dem deutschen Vierten Reich gearbeitet, um einen imperialistischen Deal auf dem Balkan zu vermitteln.

In der Zwischenkriegszeit der 20er und 30er Jahre war Jugoslawien, damals unter der Herrschaft der serbischen Monarchie, der Hauptverbündete des britischen und französischen Imperialismus auf dem Balkan. London und Paris würden jetzt gern manche solcher Verbindungen zu Serbien wiederherstellen als Gegengewicht zum deutschen Einfluß auf dem westlichen Balkan. So manövrieren die Briten und Franzosen – die das Gros der 13 000 Mann starken „friedenserhaltenden“ UN-Streitmacht stellen – zwischen den einander bekämpfenden Nationalisten des Balkans und versuchen dabei, eine Haltung der Gleichbehandlung einzunehmen.

Die USA nehmen auf dem Balkan zunehmend die Rolle eines Maklers ein, der die Muskeln spielen läßt, ohne das Leben eines einzigen US-Soldaten zu riskieren. So organisierten sie noch kurz vor Carters „Friedens“mission am 21. November den massivsten NATO-Luftangriff in der bisherigen Geschichte der westlichen Allianz, bei dem 50 NATO-Kampfbomber einen serbischen Militärflughafen angriffen. Bei der anschließenden Ankündigung, das UN-Waffenembargo gegen Bosnien aufheben zu wollen, informierte US-Präsident Clinton nicht einmal seine europäischen NATO-„Verbündeten“, die dies erst durch einen Artikel in der *New York Times* herausfanden. Allerdings hat das Regime der bosnischen Moslems bereits seit Monaten von Deutschland große Mengen von Raketenwerfern aus russischer Produktion geliefert bekommen sowie chinesische Panzerabwehrwaffen aus Pakistan und Munition aus dem Iran.

Aber der US-Imperialismus hat damit vor allem einen politischen Affront gegen die Europäer, auch gegen die Russen, gestartet. Diese Bombe aus Washington hat in den europäischen herrschenden Kreisen die Stimmung enorm verstärkt, die NATO durch eine neue militärische Allianz zu ersetzen, die auf der Westeuropäischen Union basiert. In einem vertraulichen Bericht an das Auswärtige Amt bezeichnete der deutsche NATO-Botschafter Baron (!) Hermann von Richthofen das amerikanische Vorgehen als „schwere Belastungsprobe für die NATO“, und er fügte hinzu, bei „einer möglichen Aufhebung des Waffenembargos werde der Zusammenhalt der NATO „an seine Grenze kommen““ (*FAZ*, 2. Dezember 1994).

Blutbad in Bosnien erzeugt Riß in der NATO

Nachdem das Regime der bosnischen Moslems von Alija Izetbegovic entschieden hatte, einen Krieg fortzusetzen, den es allein nicht gewinnen kann, bestand seine Hauptstrategie darin, eine westliche Intervention gegen die militärisch stärkeren Serben zu provozieren. Vor ein paar Monaten beschuldigte der britische Kommandeur des UN-Kontingents, General Michael Rose, die moslemische Armee, daß sie

versucht, „Kriegsbilder für die Welt zu erzeugen, um uns so weit zu kriegen, daß wir mit Luftangriffen antworten“.

Zur Zeit bleiben auch die Amerikaner dabei, nicht mitzumachen. Statt dessen haben sie das Izetbegovic-Regime ermutigt und dabei unterstützt, seine militärische Kapazität zu stärken. Im vergangenen Jahr hat die Armee der bosnischen Moslems ihre Größe verdoppelt und ist jetzt trotz des vorgetäuschten Waffenembargos mit mehr modernen Waffen ausgerüstet. Paul Beaver, ein Militär-Analytiker für *Jane's Defence Weekly* aus London, bezeichnete Washingtons Herangehensweise an den „illegalen“ Waffenimport der bosnischen Moslems als „nicht ganz, aber fast stillschweigendes Einverständnis“.

Ende Oktober startete die moslemische Armee im Nordwesten Bosniens eine Offensive, die zunächst die Serben erfolgreich zurückdrängte. Wie der Londoner *Independent* am 12. November berichtete, haben die Amerikaner dabei „die moslemischen Kommandeure mit Luftaufnahmen von Truppenstellungen der bosnischen Serben ... versorgt“. Doch diese amerikanische Hilfe erwies sich als nicht ausreichend. Ein serbischer Gegenangriff hat einen Großteil des Gebietes, das die bosnische Regierung durch die Offensive gewonnen hatte, zurückerobert. Bei dieser Offensive erhalten die Serben Unterstützung durch Kräfte von dissidenten Moslems, die im letzten August aus Bihac vertrieben worden waren, weil sie dem moslemisch-nationalistischen Regime von Sarajevo die Treue verweigerten.

Also gingen die moslemischen Führer und Kommandeure zurück zu ihren alten Tricks, Provokationen durchzuführen, um an die westliche Öffentlichkeit zu appellieren. Am 8. November verwundete in Sarajevo die Granate eines Mörsers ein moslemisches Kind. Inmitten des üblichen Aufschreis über serbische Angriffe auf wehrlose Zivilisten enthüllten UN-Militärbeamte, daß die Mörsergranate von der Armee der bosnischen Moslems auf ihr eigenes Gebiet abgefeuert worden war. Und dies ist nicht das erste Mal.

Die *New York Times* (11. November 1994) berichtet, daß UN-Militärbeamte sagen, es gebe „eine geheime, nie veröffentlichte Krateranalyse“, die „bewies, daß die bosnische Regierung für die Explosion auf einem Markt in Sarajevo verantwortlich war, durch die am 5. Februar 1994 68 Menschen ums Leben kamen“. Dieser Bombenangriff provozierte ein imperialistisches Zeter und Mordio und lieferte den Vorwand für den ersten NATO-Luftangriff auf serbische Streitkräfte.

Die zynische Bombardierung der eigenen Bevölkerung, um internationale Sympathie zu erringen, symbolisiert die Grausamkeit dieses Krieges, durch den in einer Orgie von „ethnischen Säuberungen“ 200 000 Menschen getötet und eine dreivierte Million – slawische Moslems, Serben und Kroaten gleichermaßen – von zu Hause vertrieben worden sind. Als proletarische Internationalisten sind wir Gegner aller Seiten dieses mörderischen Nationalismus, der das frühere Jugoslawien zerrissen hat. Gleichzeitig kämpfen wir gegen die von UNO/NATO gegen Serbien verhängte Wirtschaftsblockade und rufen zur Verteidigung der serbischen Kräfte gegen jeden imperialistischen Angriff auf.

Vor 80 Jahren löste ein Diktat des deutschen Imperialismus auf dem Balkan den Ersten Weltkrieg aus. Die aktuellen Machenschaften zum Balkan sind ein Vorbote sich verschärfender zwischenimperialistischer Rivalitäten, deren Logik auf einen atomaren dritten Weltkrieg hinausläuft. Zwar würde kein rationaler Mensch absichtlich den Kurs auf einen Atomkrieg einschlagen, aber der Weltimperialismus – gefesselt durch das System von Nationalstaaten – ist nicht rational, und genausowenig sind es diejenigen, die in seinem Interesse über uns herrschen. Sie müssen durch die Werktätigen aller Länder unter einer revolutionären Führung gestürzt werden. ■

Hände weg von der PDS!

Nieder mit CDU/SPD-Verbotsversuchen!

Am 7. Dezember rückte das Berliner Verwaltungsgericht von der unmittelbaren Drohung, die PDS zu enteignen, vorerst ab. Die angebliche Steuerforderung von über 67 Millionen DM gegen die PDS war von Anfang an selbst in Regierungskreisen wegen der vor allem im Osten weitverbreiteten Entrüstung stark umstritten gewesen. Aber die Hexenjagd ist damit bei weitem nicht vorbei. Im Gegenzug gelobte die PDS erneut die „Offenlegung ihrer Bücher“ und betraute die Treuhandanstalt mit Vollmachten für ihr Altvermögen, während die Parteiführer Gysi und Bisky ihre Anhänger vor „Radikalisierung“ warnen. Nachfolgend drucken wir die Protesterklärung der SpAD gegen die Enteignungsversuche der Regierung ab.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands protestiert gegen die ungeheuerliche und gefährliche Enteignungskampagne des Berliner CDU/SPD-Senats gegen die PDS. Jetzt will Innenminister Kanther die PDS auch noch kriminalisieren, weil sie sich gegen dieses kalte Verbot per Steuerbescheid wehrt. Als die PDS-Führung aus Protest einen Hungerstreik anfang, wurde sie mit Polizeigewalt zuerst aus dem Gebäude der Parteienkommission und dann aus ihren eigenen Büros im Berliner Abgeordnetenhaus vertrieben. Und die SPD organisierte gestern in Noskes Bluthund-Manier unter Anführung von Angelika Barbe „Streikposten“ vor dem Berliner Abgeordnetenhaus und hetzte, daß Gysi/Bisky u. a. ihren Hungerstreik „bis zu Ende“ führen sollten. Zehntausende PDS-Anhänger protestierten am 1. Dezember vor dem Berliner Gebäude der „Unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Parteien und Massenorganisationen der DDR“. Die SpAD beteiligte sich an der Kundgebung mit den Plakaten „Hände weg von der PDS!“ und „Schluß mit der SPD-geführten antikommunistischen Hexenjagd!“ Diese ist ein Angriff auf die gesamte Linke und Arbeiterbewegung, der durch Einheitsfrontaktion aller Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften zurückgeschlagen werden muß!

Der Hochmut der herrschenden Klasse kennt keine Grenzen. Nicht nur bezieht sich die angebliche Steuerschuld der PDS auf das erste Halbjahr 1990, als die DDR noch existierte. Noch dazu geht es um Objekte, die inzwischen fast alle von demselben kapitalistischen Staat enteignet wurden, der Hunderte von DDR-Betrieben stillgelegt hat, um den ehemaligen Arbeiterstaat plattzumachen. Kohl und Scharping machten bei der Bundestagswahl die antikommunistische Hexenjagd zur „Chefsache“ – eine Hexenjagd, die dazu dient, die Arbeiterklasse zu spalten und einzuschüchtern. Es ist kein Zufall, daß diese jüngsten Angriffe auf die PDS jetzt stattfinden – wie die Hetze auf Immigranten –, wo die faktische große Koalition von Kohl und SPD unter dem Titel „Umbau des Sozialstaats“ eine weitere Großoffensive auf den Lebensstandard der Werktätigen ankündigt.

Als im Juli 1990 die „unabhängige“ DDR-Kommission zum ersten Mal von allen Parteien verlangte, ihre Finanzen offenzulegen und ihr Vermögen „treuhänderisch“ an die CDU/SPD-Hexenjäger zu übergeben, antworteten die Spartakisten mit einem klaren „Nein!“ In einem Flugblatt „Linke: Wehrt Euch! Für Einheit in Aktion!“ forderten wir die linken und Arbeiterorganisationen sowie alle, denen die Bürgerrechte am Herzen liegen, dazu auf, Widerstand gegen diese Kriminalisierungskampagne zu leisten. Wir erklärten auch, daß wir vom bürgerlichen Staat nie Geld annehmen. Damals rief Gysi bei einem von der PDS organisierten Pro-

test vor 65 000 Demonstranten vom Podium aus zur Allianz mit den SPD-Hexenjägern auf und kündigte an: „Wir ordnen uns demokratisch ein“. Kurz darauf lieferte die PDS-Führung ihre eigenen Funktionäre Kaufmann, Pohl und Langnitschke loyal an die bürgerlichen Gerichte aus, weil diese einen Teil des Parteivermögens vor den kapitalistischen Häschern retten wollten. Die Kniefälle der PDS haben die Hexenjäger nur weiter ermutigt. Genauso fachte kürzlich der von der PDS-Führung erzwungene Rücktritt der gewählten PDS-Bundestagsabgeordneten Kerstin Kaiser die Stasi-Hetze gegen Gysi und Heym weiter an.

Wir haben kompromißlos gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft und vor deren Konsequenzen gewarnt. Die SED-PDS dagegen hat die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz verschenkt. Aber selbst das reicht nicht; wie Hitlers Nazis will die Bourgeoisie auch noch das Karl-Liebknecht-Haus und das ND-Gebäude in ihre Klauen kriegen. Mit der Stasi-Hetze will sie unter tatkräftiger Mitwirkung der SPD-Helfershelfer ihre Niederlage gegenüber der Roten Armee 1945 rächen und alles vernichten, was an den deformierten Arbeiterstaat DDR erinnert. Dies geht Hand in Hand mit der Rehabilitierung des Dritten Reichs durch seine selbsternannten Nachfolger, mit rassistischer Hetze und Nazi-Terror in den Straßen. Die SpAD fordert: Hände weg von der PDS! Hände weg von Markus Wolf! Freiheit für Erich Mielke! Nieder mit dem Verbot der PKK und der anderen kurdischen Vereine! Sofortige Freilassung aller RAF-Gefangenen und der gefangenen Antifas! Nieder mit der antikommunistischen Hexenjagd!

Berlin, 2. Dezember 1994

Kommunistische Plattform...

Fortsetzung von Seite 11

sche Ruhrkumpel, für den „Standort Deutschland“ auf die Straße zu gehen, während auf der anderen Seite der Grenze ihre französischen Gegenspieler großteils marokkanische Bergarbeiter unter der Parole „Produziert französisch!“ mobilisieren. Doch wenn der Angriff auf die Arbeiterklasse international ist, dann auch der Widerstand dagegen: von der Air France und den italienischen Arbeiterstreiks gegen die von der Bundesbank durchgedrückte Kahlschlagpolitik bis hin zu den massenhaften Klassenkämpfen in Südafrika und Südkorea.

Weil wir Spartakisten unsere Organisation auf dem proletarischen Internationalismus von Marx und Engels, Liebknecht und Luxemburg, Lenin und Trotzki aufbauen, waren wir imstande, die Kräfte unserer ganzen Internationale zu mobilisieren, um mit einem Programm gegen die kapitalistische Konterrevolution und die Zerstörung der DDR zu kämpfen. Wie Trotzki am Vorabend des Zweiten Weltkriegs 1940 in *Verteidigung des Marxismus* betonte: „Wer alte Positionen nicht verteidigen kann, wird niemals neue einnehmen.“ Ob nun die Kommunistische Plattform diesen Parteitag als Prügelnabe überlebt oder nicht, auf jeden Fall sind ihre Tage in der PDS gezählt. Diejenigen, die nach einer wirklich revolutionären Alternative suchen, haben nur eine Möglichkeit: nämlich vom reformistischen Erbe des Stalinismus und der Sozialdemokratie zu brechen und eine revolutionäre Partei aufzubauen, die Lenin und Trotzki als ihre eigene anerkennen würden. ■

Kaukasus...

Fortsetzung von Seite 5

der russischen Streitkräfte in Moldawien, warnt davor, daß der Einmarsch in Tschetschenien bestenfalls einen Pyrrhus-Sieg ergeben kann.

Kurz nach Beginn der russischen Offensive brachte der Kommandeur einer Panzerdivision, Generalmajor Iwan Babitschew, 33 Kilometer vor Grosny seinen Vormarsch zum Halt und sagte einer Gruppe tschetschenischer Frauen: „Es ist verboten, die Armee gegen friedliche Zivilisten einzusetzen. Es ist verboten, auf das Volk zu schießen.“ AP berichtete, daß manche Soldaten „schworen, nicht vorzurücken, selbst wenn das bedeutet, direkten Befehlen den Gehorsam zu verweigern.“ Ein Offizier sagte: „Eine Meuterei? Man könnte es so nennen.“ Während Flugzeuge ständig Angriffe auf die Umgebung von Grosny flogen und eine Staffel eine Flüchtlingskolonne zusammenschob, verbrüderten sich viele russische Offiziere und Soldaten mit den Tschetschenen und fordern eine friedliche Lösung.

Ein wichtiger Faktor hinter Jelzins Machtpoker im Kaukasus besteht darin, sein schwaches bonapartistisches Regime an der Heimatfront zu stärken. Trotz des blutigen Durchgreifens gegen das alte Parlament im Oktober 1993 ist das Jelzin-Regime weiterhin isoliert und von Krisen geschüttelt. Oppositionelle Politiker behaupten, er provoziere absichtlich einen Krieg, um in ganz Rußland den Ausnahmezustand zu verhängen, oder wenigstens in Moskau mit seiner großen tschetschenischen Bevölkerung. Das populäre Fernseh-Nachrichtenprogramm „Itogi“, Sprachrohr der Jelzin-freundlichen „Demokraten“, hat erklärt, daß dies der erste Schritt zu einer Polizeistaatsdiktatur und einem Staatsstreich ist.

Der Einmarsch in Tschetschenien ist im ganzen Spektrum russischer Politik auf lautstarke Opposition gestoßen, von prowestlichen Liberalen wie Jegor Gaidar bis zu stalinistischen „Patrioten“. „Demokraten“ und Pseudosozialisten verglichen ihn mit der früheren Rolle der Sowjetunion in Afghanistan. Aber Jelzins Einmarsch in Tschetschenien ist ein Akt von großrussischer Vorherrschaft in der Folge einer kapitalistischen Konterrevolution, wohingegen die Intervention in Afghanistan eine fortschrittliche Verteidigung des sowjetischen Arbeiterstaats und der afghanischen Frauen und Linken gegen CIA-unterstützte Reaktionäre war.

Am Montag, dem 12. Dezember 1994, versammelten sich Demonstranten auf Moskaus Puschkin-Platz. An dem einen Ende waren antikommunistische „Demokraten“, die einem Aufruf von Gaidar folgten, und an dem anderen war die „rotbraune“ Koalition mit sowjetischen und monarchistischen Fahnen und mit Plakaten, die eine jüdische „Verschwörung“ anprangerten. Dazwischen gab es einige Jugendliche von den Anarchisten und dem Komsomol mit Sprechhören: „Kein Krieg, sondern Klassenkrieg“. Die einzige bedeutende politische Gruppierung, die Jelzins Abenteuer voll unterstützt, ist die faschistoide Partei von Wladimir Shirinowski.

Wichtiger als die Unterstützung durch Shirinowski – dem kriegslüsternden Verfechter eines neuen, expansiven russischen Reichs – ist von Jelzins Standpunkt aus die Unterstützung durch die imperialistischen Herrscher. Während des Kalten Kriegs hat der westliche Imperialismus alle Arten von reaktionärem antirussischen Nationalismus ermutigt und gefördert, um die Sowjetunion zu zerstören, einen bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat. Nachdem Washington und Bonn ihr Ziel erreicht haben, zum großen Teil durch die Wirkung von Boris Jelzin, ist besonders Washington gegen die nationale Zersplitterung des im Entstehen begriffenen kapitalistischen Rußlands mit seinen beachtlichen Siedlungsgebieten nicht-russischer Völker wie



FAZ/Levinger

Der Kaukasus ist ein Flickenteppich von Nationalitäten, deren Gebiete sich überlappen

den Wolgatataren und auch den Tschetschenen.

US-Präsident Clinton bezeichnete Jelzins Tschetschenien-Abenteuer als „eine innere Angelegenheit Rußlands“. Die gleiche Stellungnahme gab anfangs Außenminister Kinkel ab, aber unter der zunehmenden Kritik, besonders aus dem CSU- und SPD-Lager, hat er jetzt seine „große Besorgnis über die Zuspitzung der Lage“ geäußert. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, das Sprachrohr der Finanzbourgeoisie, greift in ihren Leitkommentaren das „fatale Schweigen“ der Westmächte an und warnt vor dem „Imperator Jelzin“. Besorgt ist die deutsche Bourgeoisie über die unkontrollierbaren Ausmaße des Krieges und vor allem über die immer offener zutage tretende Instabilität des russischen Regimes und seiner Armee, die langfristig den deutschen Drang nach Osten beeinträchtigen könnte. Und genau an diesen Drang nach Osten appelliert die PDS. Parteichef Bisky beschwört die Einheit zwischen dem deutschen Imperialismus und der russischen Konterrevolution, die schon bei der Zerstörung des Arbeiterstaats Sowjetunion ein entscheidender Faktor war. In einem Appell an Kinkel fordert er: „Die BRD müsse ihre engen Beziehungen zu Rußlands Staatspräsident Boris Jelzin nutzen“ (*Neues Deutschland*, 23. Dezember 1994).

Gleichzeitig benutzt die SPD-nahe *Zeit* (23. Dezember 1994) ihren Artikel zu Tschetschenien zur antisowjetischen Hetze und titelt „Afghanistan im eigenen Land“. Auch dabei läßt die ost-sozialdemokratische PDS keine Gelegenheit aus, sich an die antikommunistische Hexenjagd anzuhängen (deren Opfer sie selbst ist), und erklärt im *Neuen Deutschland* (12. Dezember): „Das Beispiel Afghanistan mahnt düster: Rußland könnte erneut in einen mörderischen Guerillakrieg geraten.“ Doch der Abzug der sowjetischen Armee war eine politische Entscheidung der sowjetischen Bürokratie, um die Imperialisten zu beschwichtigen. Wie wir wiederholt betont haben, war Gorbatschows Abzug

Fortgesetzt auf Seite 28

Kaukasus...

Fortsetzung von Seite 27

aus Afghanistan bahnbrechend für die Konterrevolution in der Sowjetunion, die jetzt zu blutigen nationalistischen Kriegen geführt hat. Und in Afghanistan selbst haben die Mullahs seit dem sowjetischen Abzug Kabul zu einer terrorisierten und fast toten Stadt gemacht.

Ein Großangriff auf Grosny wird nicht nur zum Massensterben am tschetschenischen Volk führen, sondern auch zu schweren Verlusten auf russischer Seite. Und jeder russischer Soldat, der aus dem Nordkaukasus im Leichentuch zurückkommt, wird ein Nagel zum politischen Sarg von Boris Jelzin sein. Doch die Opposition gegen Jelzin über Tschetschenien teilt mit diesem Möchtegern-Selbstherrscher ein gemeinsames Engagement für den Wiederaufstieg einer russischen „Derschawa“ (Großmacht), „eins und ungeteilt“. Der oben zitierte Leitartikel der *Moscow Times* erklärt: „Man täte sich schwer mit dem Argument, daß Moskau kein Recht hat zu intervenieren. Tschetschenien ist ein Teil von Rußland, und das Dudajew-Regime hat keine rechtmäßige Grundlage.“

Diese Haltung spiegelt den weitverbreiteten und brutalen Rassismus gegen Tschetschenen und andere Kaukasier wider, die in Moskau oder anderswo in Zentralrußland leben. Viele Russen sprechen spöttisch von Kaukasern als „Schwarzen“ und brandmarken sie alle als eine Verbrecherbande. Nach Jelzins hartem bonapartistischen Vorgehen im Oktober 1993 wurden Tausende Tschetschenen und andere Kaukasier im Namen des „Kampfes gegen das Verbrechen“ geschlagen und brutal deportiert. Sicher gibt es eine tschetschenische Mafia, aber wie der britische Autor von Spionageromanen, John le Carré, bemerkte: „Was nun die Kriminalität der Tschetschenen betrifft – für wen in aller Welt halten sich die Russen in Moskau oder St. Petersburg? Die haben sich auf allen Handels- und Verwaltungsebenen in einem Ausmaß kriminalisiert, wie man es seit den Tagen Al Capones nicht mehr erlebt hat“ (*Spiegel*, 26. Dezember 1994).

Im Gegensatz zur bürgerlichen Opposition gegen Jelzin, die überwiegend großrussisch-chauvinistisch und bestenfalls pazifistisch ist, stehen wir offen auf der Seite des tschetschenischen Volkes, das gegen rassistische Schikanen und Versuche zur Aufzwingung der russischen Knute kämpft. Wir sagen: Schlagt den Einmarsch zurück – Russische Truppen raus aus Tschetschenien!

Tschetschenien und Jelzins Rußland

Das Zarenreich brauchte ein halbes Jahrhundert, um den Nordkaukasus zu erobern, so erbittert war der Widerstand seiner einheimischen Völker. Im Laufe dieses Krieges massakrierten die Russen etwa 400 000 Tschetschenen. Aber die bolschewistische Revolution von 1917 zerstörte das, was Lenin das zaristische Völkergefängnis nannte, und die Sowjetunion errichtete autonome Gebiete für die ehemals unterdrückten Völker wie die Tschetschenen, Osseten, Tataren und die Baschkiren im Ural. Selbst ehrlichere bürgerliche Kommentatoren, so in der italienischen *La Repubblica* (12. Dezember), bemerken, daß die Stellung des tschetschenischen Volkes „anscheinend durch die Oktoberrevolution gelöst wurde mit der internationalistischen Ideologie, die Nationalitätenfrage zu überwinden“. Tatsächlich konnte nur auf der Grundlage der proletarischen Staatsmacht und eines internationalistischen Programms ein gleichberechtigter Platz für die unzähligen Nationalitäten und Formationen im Vorstadium einer Nation, die es im zaristischen Rußland gab, gefunden werden.

Jedoch trampelte später die stalinistische Bürokratie auf den nationalen Rechten der nicht-russischen Völker herum,

und nirgendwo brutaler als im Nordkaukasus. Im Zweiten Weltkrieg löste Stalin die autonomen Gebiete der Tschetschenen und der benachbarten Inguschen mit der Behauptung auf, sie hätten den Überfall Nazideutschlands unterstützt, und deportierte ihre gesamte Bevölkerung nach Zentralasien. Dies wurde auch den Krimtataren, den Wolgadeutschen und mehreren anderen kleinen Völkern angetan. Ende der 50er Jahre stellte das liberalstalinistische Regime von Nikita Chruschtschow die Tschetscheno-Inguschische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik wieder her, und zahlreiche Menschen dieser kaukasischen Völker kehrten in ihre Heimat zurück. Obwohl Moskau die Oberkontrolle ausübte, sorgten die autonomen Gebiete innerhalb der Russischen Föderation der UdSSR doch für ein erhebliches Maß an nationaler Autonomie, so daß die Sprache und kulturelle Identität der Tschetschenen, Tataren, Baschkiren und anderer erhalten und entwickelt wurden.

Als nach Jelzins Machtergreifung im August 1991 in Moskau die Sowjetunion zerbrach, erklärte Tschetschenien unter der Führung des starken Manns Dschochar Dudajew, einem ehemaligen General der sowjetischen Luftwaffe, seine Unabhängigkeit. Dudajew schwenkt islamische Symbole, und mehrere hundert seiner Kämpfer wurden Berichten zufolge von den afghanischen Mudschaheddin trainiert. Sein Schritt erhielt wirtschaftlich noch dadurch Auftrieb, daß Tschetschenien beträchtliche Ölvorräte und andere Naturschätze besitzt. Außerdem verläuft durch das Gebiet eine wichtige Ölpipeline zwischen dem Kaspischen und dem Schwarzen Meer. Die Sorge darum, das Öl weiter am Laufen zu halten, hat ohne Zweifel Einfluß auf die Unterstützung der Imperialisten für Moskaus Versuch, wieder „Ordnung“ zu erzwingen.

Das Jelzin-Regime hat gleichzeitig als Agent der Wall Street und der Frankfurter Banken gehandelt, als es die Werktätigen Rußlands ins Elend stürzte und zugleich dar-



Michael Evstafiev/Agence France-Presse

Tschetschenische Frauen stoppten russische Armee und stellen General Babitschew zur Rede

angung, die Vorherrschaft über die benachbarten nicht-russischen Völker zu errichten. Moskau reagierte auf die Aufsässigkeit Tschetscheniens mit einer Wirtschaftsblockade, die es schaffte, die kleine Kaukasusrepublik in den Ruin zu treiben. Aber bis vor kurzem überschritt Jelzin nicht die Schwelle zur offenen militärischen Intervention, zweifellos aus Respekt vor dem wohlverdienten Ruf der Tschetschenen, wilde Kämpfer zu sein. Ein Korrespondent des über-

heblichen Londoner *Economist* (24. September 1994) witzelte: „Es kann verziehen werden, wenn man Tschetschenien für kein Land hält, sondern für einen ziemlich exzentrischen Schützenverein.“

Im letzten Spätsommer setzte das Jelzin-Regime auf die militärische Unterstützung der tschetschenischen Gruppen, die gegenüber Dudajew feindlich waren, der zu einem typischen korrupten und brutalen Dritte-Welt-Despoten geworden war. Doch Moskaus Einmischung – mit dem Tschetschenen Ruslan Chasbulatow als Werkzeug, dem früheren Vorsitzenden des von Jelzin aufgelösten Moskauer Parlaments – stärkte tatsächlich Dudajews Herrschaft. Als Dudajew die von Moskau unterstützten Kräfte auftrieb und im November gefangene russische Soldaten durch Grosny marschieren ließ, entschied sich Jelzin, den Einsatz mit einem groß angelegten Einmarsch zu erhöhen. In der Antwort warnte Tschetscheniens Außenminister Schamsedin Jusuf: „Sie können nicht jeden Tschetschenen töten; es gibt mehr als eine Million von uns, und jeder einzelne von uns wird kämpfen.“

Berichte aus der Gegend lassen erkennen, daß selbst Russen in Tschetschenien gegen den Einmarsch Widerstand leisten, was die tschetschenische Bevölkerung im Streben nach Unabhängigkeit bestärkt hat. Weiter westlich haben die ethnisch verwandten Inguschen, die sich von Tschetschenien abgetrennt und eine Autonomie innerhalb Rußlands vorgezogen hatten, gegen den Einmarsch demonstriert und russische Truppen angegriffen; und weiter östlich wurden russische Soldaten in Dagestan festgesetzt. Im gesamten Kaukasus gibt es weitverbreitete Feindschaft gegenüber Rußlands Großmachtstreben.

Bürgerliche Kommentatoren des Westens versuchen oft, die Explosion von nationalistischem Haß der Erbschaft des „Kommunismus“ anzulasten. Aber das Programm und die Kader der bolschewistischen Partei waren durch und durch internationalistisch. Es war gerade Stalins arrogante und chauvinistische Politik gegenüber Georgien und insgesamt der nationalen Frage im Kaukasus, die Lenin Ende 1922 dazu brachte, den Kampf gegen Stalin aufzunehmen und die Beziehungen zu ihm abzubrechen. Damals war Stalins Kampagne für einen von Moskau dominierten Apparat die Vorankündigung seines nationalistischen Dogmas vom „Sozialismus in einem Land“, das er nach Lenins Tod 1924 proklamierte.

Obwohl die Stalinisten hauptsächlich versuchten, nicht-russische nationale Bestrebungen bürokratisch zu unterdrücken, legten die internationalistischen Grundlagen des sowjetischen Arbeiterstaats und dessen kollektivierte Wirtschaft die Basis für eine gerechte Lösung der nationalen Konflikte. Dies spiegelte sich in dem hohen Niveau von Bildung und Kulturentwicklung wider, in der Förderung von Frauen und in den weitverbreiteten Heiraten zwischen ethnischen Gruppen. Dieser gesamte soziale Fortschritt wird jetzt zerstört, oft absichtlich, als unmittelbare Folge der Konterrevolution. Und das Auseinanderbrechen der sowjetischen Wirtschaft – die im Gegensatz zu den Vorwürfen eines sowjetischen „Kolonialismus“ den nichtrussischen Republiken einen *höheren* Lebensstandard brachte – hat aufgrund ihrer gegenseitigen Abhängigkeiten überall Massenarmut erzeugt.

Heute stehen die Völker von Armenien, Aserbaidschan und Georgien erneut einem Rußland gegenüber, das den imperialistischen Bestrebungen nachjagt, den Reichtum und die Grenzen der Region zu kontrollieren, während die dortigen nationalen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte versuchen, durch Deals mit den konkurrierenden imperialistischen Geldgebern reich zu werden. Eine internationalistische, revolutionäre Arbeiterbewegung, die für eine demokratisch geplante, egalitäre Wirtschaft und für

wirkliche Gleichberechtigung zwischen den Völkern des Kaukasus kämpft, könnte noch einmal die schöpferischen Energien aller Völker des Kaukasus freisetzen, um die tobenden brudermörderischen nationalen Konflikte zu überwinden.

Heute redet ein Teil des „rot-braunen“ Milieus über die „Wiederherstellung der Sowjetunion“. Aber der stalinistisch beherrschte degenerierte Arbeiterstaat wurde durch eine Konterrevolution zerstört. Daher ist dies ein Versuch, die Wut über die zunehmende Massenverelendung und die schreiende Ungleichheit in einen Aufruf nach einem kapitalistischen Staat unter russischer Vorherrschaft abzulenken, der die verschiedenen Völker der Region unterdrückt.

Unter dem multinationalen sowjetischen Arbeiterstaat bestand eine enge ökonomische Verflechtung. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR leben in einer Reihe von Regionen weiterhin verschiedene Völker auf einem Gebiet zusammen. Dort kann eine demokratische Lösung der nationalen Frage nicht unter kapitalistischen Bedingungen, sondern nur durch eine sozialistische Föderation oder Föderationen von revolutionären Arbeiterstaaten erreicht werden, die über nationale Grenzen hinausgehen. Aber es ist nötig, den freiwilligen Charakter solcher Föderationen zu betonen, im Gegensatz zum Beispiel zur „Transkaukasischen Föderation“, die den Völkern der Region von Stalin auferlegt wurde. Die Nationalitätenpolitik von Lenins bolschewistischer Partei im frühen revolutionären Arbeiterstaat war für das Recht auf Selbstbestimmung der Nationen und für verschiedene Formen von regionaler Autonomie, für kulturelle Rechte und das Recht auf die eigene Sprache für Gruppen, die sich im Vorstadium der Nation befanden und denen die Basis für eine getrennte politische Wirtschaft fehlte. Dies war Teil ihres Kampfes für die völlige Gleichheit aller Nationen und Völker.

Eine wirklich kommunistische, leninistisch-trozkistische Avantgardepartei muß im scharfen Kampf gegen alle Varianten des Nationalismus und besonders gegen den Chauvinismus des großrussischen Unterdrückers geschmiedet werden. Russische Truppen raus aus Tschetschenien! Der Kampf muß für eine sozialistische Revolution in allen Ländern der ehemaligen Sowjetunion geführt werden!

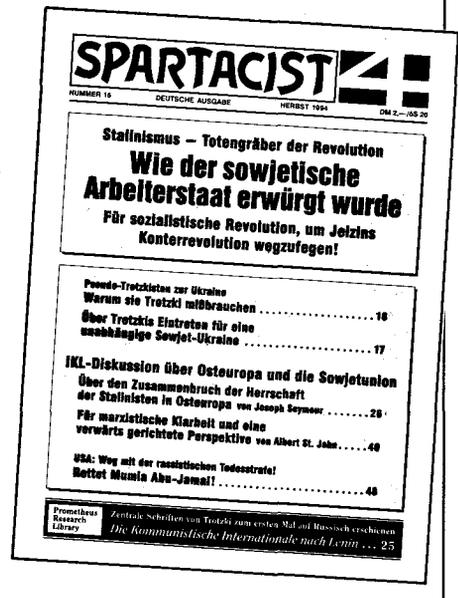
Nach Workers Vanguard Nr. 613,
30. Dezember 1994

Spartacist (deutsche Ausgabe)

Nr. 16, Herbst 1994 (48 Seiten), DM 2,-

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht, verkörpert *Spartacist* die Verpflichtung der IKL auf den leninistischen Internationalismus.

Bestellt bei: Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 11988-601
Postgiro Frankfurt/Main, BLZ 500 10060



Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 32

In den USA ist die Todesstrafe die Speerspitze der Politik des Kapitalistenstaates bei der rassistischen Unterdrückung der Schwarzen und Hispanics. Zwar sind nur 12 Prozent der gesamten Bevölkerung Schwarze, doch sie stellen über 50 Prozent der 2800 Gefangenen in Todeszellen. In Pennsylvania machen Schwarze 6 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, aber 61 Prozent der Gefangenen in Todeszellen. Von den Gefangenen in den Todeszellen Philadelphias sind 84 Prozent Schwarze. Fast alle sind arm. 1987 erkannte der Oberste Gerichtshof der USA im Urteil „McClesky vs. Kemp“ eine von der Verteidigung eingereichte statistische Studie sogar als richtig an: Diese bewies die überwiegende Diskriminierung auf rassistischer Basis bei Todesurteilen. McClesky wurde am 24. September 1991 hingerichtet.

In Jamals Fall sehen wir klar und deutlich, worum es bei der Todesstrafe geht. Sie stellt das Erbe der Sklaverei dar: legale Lynchjustiz – eine Fortsetzung der Ideologie, die verkündet, Menschen schwarzer Hautfarbe seien keine Menschen und könnten bedenkenlos umgebracht werden. Staatliche Hinrichtungen sind ein gesellschaftlicher Akt, der die ganze Bevölkerung einschüchtern und brutalisieren soll. Die Todesstrafe spannt die urzeitliche Anwendung persönlicher Grausamkeit und der Folter vor die unerbittliche Maschinerie des modernen kapitalistischen Staates. Wenn die Todesstrafe also einen symbolischen Wert besitzt, dann diesen: Der Staat entscheidet, wer lebt und wer stirbt, welche Menschenleben überflüssig sind. Und das bedeutet in erster Linie, daß das Leben von Schwarzen überflüssig ist. Die Todesstrafe ist das Signal eines Feldzuges für verstärkte staatliche Repression, Teil eines breiteren gesellschaftlichen und politischen Musters.

Gerade diese Kräfte der staatlichen Repression haben eine hysterische Kampagne gestartet, um Jamal umzubringen. Letzten Sommer erzielte Jamal, mehrfach für seinen Journalismus preisgekrönt, eine Vereinbarung mit dem nationalen Radiosender NPR, der die Ausstrahlung einer Reihe von Kommentaren in der hoch angesehenen Sendung „All Things Considered“ („Alles in Betracht gezogen“) vorsah. Die ominöse Polizeibruderschaft in Philadelphia, Fraternal Order of Police (FOP), hat zusammen mit anderen reaktionären Kräften Druck auf den Sender NPR ausgeübt, der davor in die Knie ging und den Vertrag mit Jamal stornierte. Als Protest gegen diesen empörenden Versuch, Jamal zum Schweigen zu bringen, damit man ihn leichter umbringen könnte, initiierten das PDC und das Committee to Save Mumia Abu-Jamal ein „Speak-Out“ in New York City am 3. Juni 1994. Mehr als 250 Gewerkschafter, Studenten, Nachbarschaftsaktivisten und Sozialisten kamen, um eine Lesung aus Jamals Zeitungsartikeln zu hören und eine Video-Vorführung mit einem Interview von ihm zu sehen.

Nicht zum ersten Mal war die Polizeibruderschaft gegen Jamal und seine Unterstützer vorgegangen. Im Juli 1990 hatte die FOP gegen eine Unterstützungskundgebung des PDC eine Versammlung veranstaltet, wo der FOP-Chef eine „elektrische Couch“ für Jamal und seine Unterstützer forderte. Im vergangenen April hatte die FOP in Harrisburg, Pennsylvania, anlässlich einer Demonstration für Jamal eine Gegendemonstration abgehalten und gerufen: „Tötet Mumia! Tötet Mumia!“

Leonard I. Weinglass, Jamals Hauptverteidiger, als Rechtsanwalt und Verfechter der Bürgerrechte allgemein bekannt und einer der internationalen Prozeßbeobachter, die letzten September in Berlin den Prozeß gegen Unterstützer von Antifa Gençlik verfolgten, erklärte beim Speak-Out im Juni, warum der Staat Jamal tot sehen will:

„Der Bürgermeister [von Philadelphia] Rizzo, der als Poli-

zeich nationaler Berühmtheit erlangte für seinen Sturm auf das Hauptquartier von SNCC [Student Non-Violent Coordinating Committee, eine Bürgerrechtsorganisation] und im folgenden Jahr auf das Hauptquartier der Black Panther Party in Philadelphia, wurde im Jahre '72 Bürgermeister. Ein Gutteil des Landes wurde rizzoisiert. Die Stadt wurde zur ‚Recht-und-Ordnung‘-Hauptstadt des Landes. Und eine der wenigen Stimmen, die sich dagegen erhoben, gegen diese Sturmangriffe, gegen die Gewalttätigkeit der Polizei, war die von Mumia Abu-Jamal, ein ehemaliger Black Panther, der zum wahrscheinlich bekanntesten Radiojournalisten in der afrikanisch-amerikanischen Gemeinde von Philadelphia geworden war.“

Jamal gehörte zu den Journalisten, die über Rizzos Pressekonzferenz vom 8. August 1978 nach der Belagerung einer Wohngemeinschaft der schwarzen Organisation MOVE durch Hunderte schwerbewaffnete Bullen berichteten. Das ist dieselbe Polizei, die 1985 die grauenhafte Belagerung und den Brandbombenangriff auf einen schwarzen Stadtteil verübte, in welchem elf Mitglieder einer MOVE-Wohngemeinschaft, darunter fünf Kinder, ermordet wurden.

Für den Staat kam die Möglichkeit, mit Jamal abzurechnen, am 9. Dezember 1981, als sein Bruder von einem Polizeibeamten angehalten wurde. Jamal, damals Präsident des Verbandes Schwarzer Journalisten, kam hinzu. Jamal wurde in die Brust geschossen, eine Kugel drang durch Lunge und Leber und blieb im Rücken stecken. Der Beamte wurde erschossen. Obwohl Jamal lebensgefährlich verletzt war, wurde er von den Bullen weiter zusammengeschlagen. Nach einem aufwendigen chirurgischen Eingriff erholte er sich; gegen ihn wurde die Anklage des Mordes an dem Polizeibeamten erhoben, trotz Aussagen von vier verschiedenen Augenzeugen, daß der Schütze weggelaufen war. Jamal wurde vor Gericht gestellt. Von Anfang an hat er betont, daß er nicht schuldig ist. Doch vor Gericht wurde er von einem Blutrichter von vornherein für schuldig gehalten und wurde auf Schritt und Tritt daran gehindert, eine Verteidigung zu präsentieren. Jamals Recht, sich selbst zu verteidigen, das ihm ursprünglich zugestanden worden war, wurde willkürlich aufgehoben, als die große Wirkung seiner Stimme im Gerichtssaal dem Richter zu offensichtlich wurde.

Als es zur Festlegung des Strafmaßes kam, hörten die Geschworenen eine Beweisführung, die laut dem Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten keine Verwendung finden darf, um ein Todesurteil auszusprechen: seine politische Verbindung mit der Black Panther Party. Unter Verwendung eines Zitats aus einem Zeitungsinterview mit Jamal zwölf Jahre zuvor, als er Informationsminister der Black Panthers in Philadelphia war, behauptete die Staatsanwaltschaft, Jamal hätte zwölf Jahre lang darauf gewartet, einen Bullen umzubringen. Um den Geschworenen jedes Gefühl der Verantwortung für den legalen Lynchmord zu nehmen, behauptete der Staatsanwalt, Jamal könne Berufung nach Berufung einreichen, so daß das Todesurteil überhaupt kein Todesurteil wäre.

Doch trotz der offensichtlichen Verstöße gegen Jamals verbriefte Rechte weigerten sich sowohl der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania im März 1989 wie der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten im März und Oktober 1990, seine Berufungen zu verhandeln; dabei verstießen sie beide gegen die eigenen Präzedenzfälle.

Der Ausbruch der wütenden Proteste gegen den Freispruch der Polizisten, die Rodney King fast zu Tode geprügelt hatten, spiegelt das weitverbreitete Bewußtsein unter Arbeitern und Schwarzen, Hispanics und Armen in den USA wider, daß es für sie keine Gerechtigkeit gibt. Deshalb hat Mumia Abu-Jamals Fall breite Unterstützung gefunden. Letzten August sahen Millionen Zuschauer „Arrested Development“ sowie mehrere andere Bands, die bei der Fern-

schübertragung von Woodstock '94 T-Shirts mit „Freiheit für Mumia“ trugen.

In den letzten sieben Jahren haben die Spartacist League/U.S. und das PDC, die ersten Organisationen, die Jamals Fall zur Rettung seines Lebens aufgriffen, Kampagnen geführt, um Protest zu organisieren und den Fall einer breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen. Darüber hinaus haben SL/U.S. und PDC hart und erfolgreich gearbeitet, um dabei zu helfen, daß Jamal von der Todeszelle aus seine aktuelle journalistische Arbeit fortsetzen kann. Als Ergebnis dieser Arbeit erscheinen Jamals Kolumnen in Zeitschriften in den ganzen USA, so auch im *Yale Law Journal*. Seine Artikel erscheinen in den Zeitungen der nationalen Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga. Dies entspricht unserer Entschlossenheit, daß Jamal keine namenlose, gesichtslose, schweigende statistische Ziffer in der Todeszelle sein soll. Aus seiner Zelle fließen stechende Kommentare über die Mühlen der amerikanischen „Justiz“, die Verfolgung von MOVE-Mitgliedern, die haitianische Revolution, die amerikanische Blockade des Irak, die rassistischen Pogrome von Hoyerswerda und Rostock und in letzter Zeit seine Solidaritätserklärung mit den antifaschistischen Jugendlichen von Antifa Gençlik, die in *Spartakist* Nr. 115 abgedruckt wurde. Doch wie die Fälle von Mumia Abu-Jamal, Rodney King und zahllosen anderen zeigen: Die Macht des kapitalistischen Staats stammt weder von Gerechtigkeit noch von Argumenten, sondern sie beruht auf seiner Armee von Polizisten, Richtern und Gefängnissen. Um dagegen anzugehen, brauchen wir die soziale Macht der organisierten Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten.

Wie Paul Cooperstein vom PDC beim Speak-Out im Juni sagte:

„Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise hielten die Herrscher, als der massenhafte rassistisch integrierte proletarische Kampf anwuchs, die Schlinge über die Häuse der Angeklagten in Scottsboro [neun schwarze Jugendliche, denen 1931 die Vergewaltigung von zwei weißen Frauen angehängt wurde]. Und in der Hexenjagd während des Kalten Kriegs, als in den 50er Jahren ‚Rote‘ als Spione gebrandmarkt wurden, die es verdienten zu sterben, wurden die heldenhaften Rosenbergs auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet, weil sie Kommunisten und Juden waren. Nun droht das schwebende Todesurteil gegen Mumia zu der ersten politischen Hinrichtung seit den Rosenbergs zu werden.

Die systematische Unterdrückung, die dem Teufelskreis von Verbrechen und Strafe zugrunde liegt, kann vor einer sozialen Revolution nicht abgeschafft werden. Und weil der Staat keine andere Lösung der Probleme hat, die insbesondere diejenigen Menschen plagt, die er ‚Unterklasse‘ nennt, kann er nur unterdrücken – und das tut er, daß es nur so kracht. Der Feldzug, den er für Tod und Unterdrückung führt, hängt davon ab, daß die Menschen überzeugt werden, daß es keinen anderen Ausweg gibt, daß sie innerhalb des kapitalistischen Systems, das die Probleme hervorgerufen, keine andere Wahl haben.

Aber es gibt einen Ausweg. Der Weg zum Sieg ist der Weg des Klassenkampfes: die mächtige rassistisch integrierte Arbeiterbewegung, die für die eigenen Interessen kämpft und für die Interessen aller Werktätigen und Unterdrückten.“

Hinter der Todesstrafe im rassistischen Amerika ist der Drang der Herrscher zum Völkermord sichtbar. Und der Kampf dagegen muß besonders im imperialistischen Deutschland die Wut sehr vieler Menschen erwecken. Die Nazis hatten den „legalen“ Mord zur letzten, barbarischen Konsequenz getrieben und ganze Völker nahezu ausgelöscht. Sechs Millionen Juden, eine halbe Million Roma und Sinti, ein Drittel der Bevölkerung Polens, 28 Millionen

sowjetische Bürger – vergast, erschossen, verbrannt, erschlagen. Die Nazi-Blutrichter, in Westdeutschland bis heute ausnahmslos unbestraft, schickten Wehrmacht-Deserteure, proletarische Jugendliche, die sich geweigert hatten, bei diesem Holocaust mitzuwirken, vor die Erschießungskommandos. Das ist die zutiefst verhaßte Geschichte der Todesstrafe in Deutschland, die erst gestoppt wurde, als die Rote Armee Deutschland und Europa nach zwölf Jahren faschistischen Terrors befreite.

Der Kampf, Mumia Abu-Jamal zu retten, ist der Kampf gegen den rassistischen Staatsterror hierzulande, der die Flammen der faschistischen Lynchmobs und Mordbrenner von Hoyerswerda bis Solingen angefacht hat. In diesen Kampf werden sich Tausende antifaschistische Gewerkschafter und Jugendliche einreihen. Wie die Gewerkschafter in den USA, von den Hafendarbeitern bis zu den Krankenschwestern, die Mumia Abu-Jamals Sache zu ihrer eigenen gemacht haben, so muß die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland die Forderung erheben: Nieder mit der rassistischen Todesstrafe! Rettet Mumia Abu-Jamal!

Gewerkschaften, die Millionen Arbeiter vertreten, haben sich für Jamal ausgesprochen, u. a. die CGT in Frankreich, der Metro Toronto Labor Council, Sektion 10 der mexikanischen Lehrgewerkschaft SNTE sowie Gewerkschaften in Britannien und Australien. In Deutschland haben u. a. ÖTV-Vertrauensleute im Gesamthafenbetrieb Hamburg und der Landesbezirk Nordrhein-Westfalen des Verbands deutscher Schriftsteller in der IG Medien sich dafür ausgesprochen, Jamals Leben zu retten. In den USA: Ortsverbände an der Westküste der Internationalen Hafendarbeitergewerkschaft (ILWU), Ortsverbände der Nahverkehrsarbeitergewerkschaft in Chicago, der Gewerkschaft der Arbeiter im Krankenhaus- und Gesundheitswesen, Ortsverbände der Briefträger- und Typographengewerkschaften.

Die Spartakist-Jugend und das KfsV haben die Kampagne mit einer Reihe von Video-Vorführungen eröffnet. AGIPA Press hat Jamals Fall in breiten Kreisen bekannt gemacht und Tausende D-Mark für die juristische Verteidigung von Jamal gesammelt. International wurden Protestbriefe geschickt von der Arbeiterorganisation für Sozialistische Aktion (WOSA) in Kapstadt, Südafrika, der Palmares (kulturelle Stiftung des Kulturministeriums), Brasilien, und die französische Sektion von amnesty international hat einen Leitartikel über Jamal in ihrer Zeitung veröffentlicht. Unter denjenigen, die sich in den USA für Jamal ausgesprochen haben, sind die schwarzen Schauspieler Ossie Davis und Whoopi Goldberg, der Sänger Harry Belafonte, der ehemalige Bundesjustizminister Ramsey Clark, Kongreßabgeordnete wie Ron Dellums und mehrere Senatoren aus Pennsylvania.

Wir fordern *Spartakist*-Leser dringend auf, sich dem Kampf anzuschließen, das Leben von Mumia Abu-Jamal zu retten. Organisiert Proteste! Verabschiedet Resolutionen in eurer Gewerkschaft, in der Schule, an der Uni, in der Kirche und in den Stadtteilorganisationen. Ein Sieg in Jamals Fall setzt voraus, den besten Rechtsbeistand zu haben, und das kostet viel Geld! Schickt eure Spenden für seine Rechtsverteidigung auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto-Nr. 310 350 400, BLZ 100 400 00, Stichwort „Jamal“! Das Video „Aus der Todeszelle, Mumia Abu-Jamal“, produziert vom PDC und übersetzt von Archiv 92, „Kampagne Abu-Jamal“, Postfach 15 03 23, 28093 Bremen, ist auch erhältlich über das KfsV. Ruft uns an: (0 30) 4 43 94 00, für weitere Informationen darüber, wie ihr helfen könnt, oder schreibt uns: KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin. Jamal könnt ihr auch direkt schreiben. Seine gegenwärtige Adresse ist: Mumia Abu-Jamal, AM 8335, 1100 Pike Street, Huntingdon, PA 16652-1112, USA.■

SPARTAKIST

Internationale Kampagne fordert:

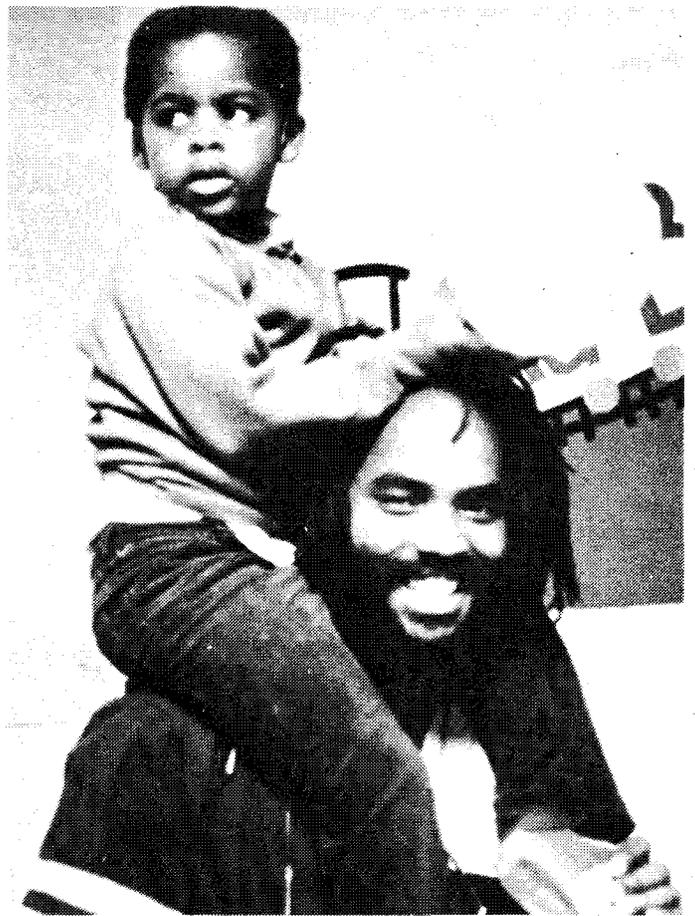
Rettet Mumia Abu-Jamal!

Der schwarze Journalist Mumia Abu-Jamal sitzt seit über zwölf Jahren in der Todeszelle in Huntingdon, Pennsylvania. Jamal, aufgrund einer verlogenen, abgekarteten Anklage wegen der Tötung eines Polizisten in Philadelphia 1981 verurteilt, ist weltbekannt geworden als entschiedener und überzeugender Kritiker des rassistischen Staatsterrors in den USA.

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) ruft gemeinsam mit dem Partisan Defense Committee (PDC) in den USA und dessen Schwesterorganisationen international dringend alle Gegner der rassistischen Todesstrafe auf: Mobilisiert *jetzt* und rettet diesen Mann, der unter den Armen, Schwarzen und Hispanics (Spanischsprechenden) in Philadelphia als die Stimme der Entrechteten bekannt ist!

Nach dem Erdrutschsieg der Republikaner bei den US-Kongresswahlen im Herbst 1994 tritt die Kampagne, Mumia Abu-Jamals Leben zu retten, in die kritische und wahrscheinlich entscheidende Phase. Im ganzen Wahlkampf wetteiferten die bürgerlichen Zwillingsparteien der Demokraten und Republikaner um die Beschleunigung der Tötungsmaschinerie in den ganzen USA. Im Bundesstaat Pennsylvania sicherte der nun gewählte republikanische Gouverneur Tom Ridge seinen Wahlerfolg, als er auf der Verbrechenfrage herumritt und den bisherigen Gouverneur Casey wegen seiner Weigerung angriff, in 167 Fällen Exekutionsbefehle zu unterschreiben. Es wird allgemein erwartet, daß Ridge nach seinem Amtsantritt am 17. Januar Jamals Exekutionsbefehl unterschreibt.

Letzten September verabschiedete der US-Kongress Clintons neues Verbrechensbekämpfungsgesetz, gerade recht-



Kein Bildnachweis

Mumia Abu-Jamal mit seinem Sohn, 1982

zeitig zu den Wahlen. In seinem Artikel „Abstimmung für die eigene Repression“ beschreibt Jamal: „Dieses Gesetz, das drakonischste in der Geschichte der Nation, sieht die Ausgabe von über 30 Milliarden Dollar für mehr Gefängnisse, mehr Bullen, mehr Todesurteile vor. Mehr Werkzeuge der staatlichen Repression ... mehr Un-Freiheit.“ Damit steht auf 60 weiteren Verbrechen, die als schwerwiegend vom Bund geahndet werden, die Todesstrafe, nun z. B. wegen „Gewalt gegen Seeschiffahrt oder stationäre Plattformen“.

Fortgesetzt auf Seite 30

Demonstration: Rettet Mumia Abu-Jamal!

**Stoppt die „legalen“ Lynchmorde!
Weg mit der rassistischen Todesstrafe!**

Dienstag, 7. Februar, 16.30 Uhr

US-Botschaft, Neustädtische Kirchstr. 4-5, 10117 Berlin

Anschließend Veranstaltung und Video-Vorführung

Komitee für soziale Verteidigung (KfsV): Telefon (0 30) 4 43 94 00